

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
L. Schellberg'sche Buchdruckerei, "Tagblatt-Haus".
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Wöchentlich nachmittags, Samstags vor- u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 59631.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 36 M., Pfg., in den Ausgabestellen: 36 M., Pfg., durch die Träger
aus dem Haus: 36 M., Pfg., für eine Bezugszeit von 2 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen
an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — Im Falle abbrecher
Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorförderung des
Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Zeit. Anzeigen 30 M., Pfg., auswärts Anzeigen 30 M., Pfg., Zeit. Reklamen M., Pfg., 1.
auswärtige Reklamen M., Pfg., 1.20 für die einmalige Kolonelle oder deren Raum. — Für die Kauf-
nahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr übernommen. —
Schluß der Anzeigenannahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen
Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Rastatts.

Beispielfunktion: Frankfurt a. M., Nr. 7406.

Nr. 304.

Samstag, 14. November 1931.

79. Jahrgang.

Brüning und Baldwin.

Zwei bedeutsame Reden. — Reparationen und Kurzcredite. — Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung.

Mahnungen des Kanzlers.

as. Berlin, 14. Nov. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Die Woche schließt diesmal mit einem Redefeuerverk, da der gestrige Tag nicht nur die angekündigte Rede des Reichskanzlers in Mainz, sondern auch sehr beachtenswerte Ausführungen Baldwins gebracht hat. Über die Reparationsfrage konnte der Kanzler nicht allzuviel Mitteilungen in seiner Rede machen, da noch alles im Fluß ist. Immerhin bestätigte auch Dr. Brüning,

daß die Verständigung über das weitere Verfahren, das heißt also die Einberufung des beratenden Sonderausschusses, in der nächsten Zeit zu erwarten ist. Das stimmt im wesentlichen überein mit den Versarten, die aus Paris verbreitet werden, wobei man in Paris im Sinne unserer gestrigen Ausführung hinzusetzt, daß die neue Formel für den beratenden Ausschuss darin bestehe, daß parallel und im Zusammenhang mit dem beratenden Sonderausschuss noch eine andere Kommission zusammentreten soll, um sich mit den Kurzrediten zu befassen.

In diesem Vorstadium der Reparationsverhandlungen hat der englische Minister und konservative Parteiführer Baldwin es für nötig erachtet, nochmals daran zu erinnern, daß eine deutsch-französische Verständigung erforderlich ist. Baldwin hat aber auch hinzugefügt, daß eine endgültige Regelung der Reparationsfrage ohne England nicht möglich sei. Zugleich hat die Rede Baldwins erneut die Schwierigkeiten aufgezeigt, die in den Verhandlungen über die Reparationsfrage entstanden sind und noch entstehen müssen. Der englische Minister hat nämlich daran erinnert, daß Deutschland von England sehr erhebliche Gelder geliehen hat. Diese Gelder, das heißt also die eingetragenen Kredite, so führte Baldwin

gestern aus, dürften unter keinen Umständen hinter den politischen Schulden, das heißt hinter den Reparationen zurückstehen.

Eine Zurückführung der kurzfristigen Kredite würde Deutschlands Handelskredit zerstören und damit auch alle zukünftigen Aussichten auf Reparationen vernichten.

Das ist eine sehr deutliche Mahnung an Frankreich, die Frage der kurzfristigen Kredite nicht zu unterschätzen. England teilt also, wenn auch aus sehr egoistischen Motiven, in der Frage der kurzfristigen Kredite durchaus den deutschen Standpunkt.

Könnte der Kanzler über die Reparationsfrage Einzelheiten in seiner Rede nicht ausführen, so gilt das auch für die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung, da ja auch hier noch alles im Fluß ist und die Beratungen des Wirtschaftsbeirates noch nicht beendet sind. Es fehlte in der Kanzlerrede auch diesmal nicht eine Mahnung an die Landwirte, sich nicht dem Glauben hinzugeben, daß durch hohe Zölle eine Wendung zum Besseren herbeigeführt werden könne, da die Preise sich nicht mehr nach den Zöllen, sondern nach der eingeschrumpften Kaufkraft richten.

Es fehlte weiterhin auch nicht an einer Mahnung an die Industriellen, sich nicht etwa dem Glauben hinzugeben, daß alles besser werden würde, wenn die Löhne weiter gesenkt würden.

Mit allem Nachdruck unterstrich der Kanzler, daß es ein Allheilmittel gegen die Krise nicht gebe und daß alle Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden müßten. So hat im großen und ganzen das Redefeuerverk des gestrigen Tages wohl die augenblickliche Situation gut beleuchtet, aber noch nicht allzuviel Klarheit über die weitere Gestaltung der Zukunft gebracht.

recht bestehend anerkennen müssen. Deutschland wird sich auf der kommenden Ratstagung ebenso wie bei den bisherigen Ratstagungen über das japanisch-chinesische Problem erneut eifrig bemühen, die notwendigen Formeln für die Beendigung des Streites zu finden.

Deutschlands Recht auf gleiche Sicherheit.

Ein Interview des Reichswehrministers.

Berlin, 13. Nov. In einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der "Chicago Tribune" erklärte Reichswehrminister Groener u. a.: Deutschland hat das Recht auf die gleiche Sicherheit und die gleichen Methoden der Abrüstung. 1919 ist ihm ausdrücklich zugesichert worden, daß die anderen Staaten auf dem Wege folgen würden, auf dem Deutschland durch seine sofortige Abrüstung voranging. Deutschlands Ziel auf der Abrüstungskonferenz muß es deshalb sein, seine nationale Sicherheit dadurch wieder zu erlangen, daß die anderen Staaten nach denselben Methoden abrüsten, die sie seinerzeit Deutschland auferlegt hatten. Der Reichswehrminister begründete im einzelnen die Unzulänglichkeit und Ungerechtigkeit des Konventionstextes der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz und beantwortete schließlich die Frage, ob Deutschland eine größere Armee fordern werde, wenn sich die schwer gerüsteten Länder weigern sollten, die Stärke ihrer Armeen erheblich herunterzusetzen, folgendermaßen: Diese Frage würde voraussetzen, daß die Abrüstungskonferenz scheitert. Was Deutschland in einem solchen Fall tun würde, kann ich nicht sagen. Meine Meinung ist es, daß alle Völker der Welt die größten Anstrengungen machen sollten, daß die Abrüstungskonferenz nicht scheitert, sondern daß sie zu einem positiven Erfolg führt, der die Welt von der Last der Rüstungen und von der ewigen Kriegsdrohung befreit.

Die Konferenz am Runden Tisch gescheitert?

Die Rückreise Gandhis.

London, 13. Nov. Einer Reutersmeldung zufolge ist die Konferenz am Runden Tisch als gescheitert zu betrachten, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Hindus und Mohammedanern in nahezu dreimonatiger Verhandlung nicht ausgeglichen werden konnten. Gandhi dürfte am 21. dieses Monats London verlassen, um sich nach einem Besuch in der Schweiz in Genua nach Indien einzuschiffen.

Blid in die Welt.

Das Zentralproblem: die Reparationen. — Wieder Kammer und Unterhaus. — Wir und der ferne Osten.

Für Deutschland bleibt in der Außenpolitik die Reparationsfrage das Zentralproblem. Noch steht dabei nicht fest, wann die große Internationale Konferenz zusammentreten wird, die diese Probleme zu lösen haben wird. Vorerst ist noch die Reparationsfrage eine rein französisch-deutsche Angelegenheit. Sehr deutlich hat der englische Ministerpräsident MacDonald in seiner programmatischen Guildhall-Rede erkennen lassen, daß England im Augenblick nicht daran denkt, sich in die vorbereitenden Besprechungen einzuschalten, vielmehr hat MacDonald ganz ähnlich, wie es schon früher die Amerikaner taten, betont, daß Frankreich und Deutschland sich verständigen müßten. Aber man kommt in den Reparationsgesprächen zunächst sehr langsam voran, schon die Frage der Zuständigkeiten des im Young-Plan vorgesehenen beratenden Sonderausschusses bietet mancherlei Schwierigkeiten. Nun wird man einwenden, daß es sehr viel weniger als auf solche Spitzfindigkeiten auf das Ziel ankommt. Das ist durchaus richtig, nur muß man eben von vornherein dafür sorgen, daß nicht Wege zu einer großzügigen Lösung, die ja auch nach Ansicht der Engländer nötig ist, von vornherein verbaut werden. Dabei hat die deutsche Regierung von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß es sich nicht um eine provisorische Lösung handeln kann, sondern daß eine endgültige Lösung der Reparationsprobleme gefunden werden muß. Damit wieder sind die Franzosen nicht im mindesten einverstanden, da sie der Ansicht sind, daß man die Zahlungen Deutschlands nicht im Augenblick einer schweren Weltwirtschaftskrise festlegen könne, also das Argument nicht gelten lassen wollen, daß die Krise am besten durch eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems überwunden wird.

Nun kann man neuerdings ja schon häufiger die Resart hören, daß der tiefste Punkt der Weltwirtschaftskrise bereits überwunden sei. Man verweist auf das Anziehen verschiedener Rohstoffpreise und man verweist weiter auf die Haltung der amerikanischen Spekulation. Die festere Haltung verschiedener wichtiger Warenmärkte hat sich in Amerika auch an der Effektenbörse ausgewirkt, wo die Unsicherheit an den Aktienmärkten stieg. Der Berliner amerikanische Botschafter Sadett, der sich allerdings schon einmal als schlechter Prophet in Wirtschaftsfragen erwies, glaubt denn auch bereits einen Silberstreifen am Horizont feststellen zu können. Auf der anderen Seite dürfte die neue Schätzung des amerikanischen Ackerbauamtes über eine Reformerte an Baumwolle, wodurch die vorhergegangenen Schätzungen wesentlich übertroffen werden, nicht gerade geeignet sein, die Baumwollpreise steigen zu lassen. Auf jeden Fall wird man hinter all die Meldungen, die schon von einem Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten glauben sprechen zu können, ein großes Fragezeichen machen müssen.

An sich dürfte allerdings durch die Entwicklung der Weltmarktpreise das Reparationsproblem zum mindesten im gegenwärtigen Augenblick noch nicht in irgendeine nennenswerter Weise beeinflusst werden. Für die Reparationsfrage ist von ungleich größerer Wichtigkeit die Tatsache, daß nunmehr in Frankreich die parlamentarische Zeit ihr Ende erreicht hat. Laval muß sich wieder der Kammer stellen, und zwar einer Kammer, die in ihrem letzten Tagungsabschnitt steht, deren Abgeordnete also bereits sehr auf die Wahl des kommenden Frühjahres ihr Augenmerk richten. Es hat in letzter Zeit nicht an Angriffen auf der Rechten, vor allem der nationalistischen Elemente, gegen Laval gefehlt, dessen Außenpolitik als allzu "briandistisch" bezeichnet wurde. Wenn aber auch Laval mit Widerständen auf der Rechten zu rechnen haben wird, so wird auf der anderen Seite die oppositionelle Linke ihm kaum noch seinem ministeriellen Leben trachten, so lange Laval sich um eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage bemüht, wobei man allerdings auf der französischen Linke unter dieser vernünftigen Regelung etwas wesentlich anderes versteht als in Deutschland.

Die englische Regierung ist von solchen parlamentarischen Sorgen völlig frei. Bei ihrer Riesenmehrheit kann ihr so leicht im Parlament nichts passieren, wenngleich man auch nicht verkennen darf, daß in der englischen Regierung selbst erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Schuldfrage bestehen. Weber die Thronrede noch die programmatischen Erklärungen des Ministerpräsidenten MacDonald in seiner Guildhall-Rede haben Klarheit über diese Frage gebracht.

Derweilen Europa mit dem Reparationsproblem und anderen eigenen Sorgen beschäftigt ist, geben im fernem Osten die Kämpfe weiter. Der Völkerbundsrat, der am 16. November wieder sich mit dem mandchurischen Konflikt befassen wird, steht sich einer recht schwierigen Lage gegenüber. Vielleicht wäre es für ihn leichter, wenn man offen von einem Krieg sprechen würde, da dann die Möglichkeiten eines Eingreifens für den Völkerbund eher gegeben wäre. Man will aber in Völkerbundsreisen dies Wort vermeiden und so erleben wir denn eine Hochflut von Reden, in denen jeder nachzuweisen sucht, daß der andere die Schuld für die Entwicklung der Dinge trägt. Es fehlt auch nicht an fähigen, allzu kühnen politischen Kombinationen, spricht doch ein Pariser Blatt sogar von einem Zusammenwirken Japans und Bolens. Nimmt man nun noch hinzu, daß Marshall Bilsudski sich vor kurzem in Rumänien befand, das ohnehin durch einen Militärvertrag mit Polen verbunden ist, so haben wir den Aufmarsch der Japaner im fernem Osten, während im Westen die Russen durch Polen und Rumänien in Schach gehalten werden. Aus dieser Situation heraus will man die starke Zurückhaltung er-

Um die Autorität des Völkerbundes.

Die bevorstehende Ratstagung über die mandchurische Frage. — Deutschland durch v. Bülow vertreten.

Berlin, 13. Nov. An der bevorstehenden Völkerbundsratstagung in Paris, die si erneut mit dem japanisch-chinesischen Streit in der Mandchurei beschäftigen wird, soll, wie wir erfahren, zunächst Staatssekretär v. Bülow als deutscher Delegierter teilnehmen. Die in der Presse gemachte Äußerung, daß Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Eigenschaft als Außenminister selbst an diesen Verhandlungen teilnehmen solle, ist leider nicht durchzuführen, da angesichts der sehr schwierigen Probleme und der komplizierten Rechtslage

mit einer langen Dauer der Verhandlungen zu rechnen

ist und der Reichskanzler wegen unserer angespannten wirtschaftlichen Lage und der im Gange befindlichen Wirtschaftsverhandlungen nicht so lange von Berlin abwesend sein kann. Auch Staatssekretär v. Bülow wird nur an dem ersten Teil der Ratstagung teilnehmen und die Besprechungen über das Verfahren der Tagung, den einzuschlagenden Weg und die zu suchenden Kompromisse führen. Wenn diese Dinge einigermaßen durchgesprochen sind, ist beabsichtigt, den Gesandten v. Rutius, der als zweiter deutscher Delegierter nach Paris fährt, mit der Führung der weiteren Verhandlungen zu betrauen.

Über die materielle Seite des mandchurischen Streitfalles ist man in hiesigen politischen Kreisen der Auffassung, daß

bei aller Stimmungsmäßigen Sympathie für China nicht verkannt werden darf, daß die japanischen Forderungen sich zweifellos auf starke Rechtsgrundlagen stützen.

Japan hat auf Grund der chinesisch-japanischen Verträge vom Jahre 1915 berechnete Ansprüche auf die Sicherstellung einer ganzen Reihe von Vertragsrechten in der Mandchurei, in erster Linie des Zinsendienstes seiner Eisenbahnleihen und der Sicherheit seiner in der Mandchurei ansässigen Untertanen. Für Japan bedeutet seine Stellung in der Mandchurei eine Lebensfrage angesichts der ungeheuren Geldsummen, die es dort investiert hat, und der Tatsache, daß es in der Mandchurei ein Glacis für Korea besitzt. Würde die Frage der Gültigkeit der Verträge und der sich aus diesen Verträgen ergebenden Rechte vor einem Schiedsgericht zur Verhandlung kommen, so würde dieses sicherlich die Verträge als zu-

Landtagswahlen als politisches Stimmungsbarometer.

Hessen wählt am Sonntag.

Nach Hamburg, Anhalt und Mecklenburg-Schwerin wird am Sonntag im Volksstaat Hessen die Stichprobe für die politische Stimmung des Volkes gemacht. Die Wahlberechtigten des Volksstaates Hessen — etwa 350 000 — treten an die Wahlurne. Um die 70 Mandate des Hessischen Landtags ist ein heftiger Wahlkampf entbrannt. Seit Tagen prasselt auf die Bevölkerung in Stadt und Land ein unaufhörlicher Regen von Flugblättern, Proklamationen und Wahlparolen nieder. Fast alle politischen Parteien haben ihre „Paradeperle“ ins Hessenland geschickt. In früheren Jahren hätte eine Landtagswahl in einem nicht sehr großen Volksstaat nicht all zu viel bedeutet. Jetzt aber weiß jedermann, daß auch im Hessischen Wahlkampf um das Schicksal des Reiches und die zukünftige Gestaltung der Reichspolitik gerungen wird. Bei den letzten Landtagswahlen in Hessen beteiligten sich nur 54,4 Prozent der Bevölkerung an der Wahlkampf. Diesmal werden die Wahlziffern wahrscheinlich eine Rekordhöhe erreichen.

Nur die knappe Hälfte des Hessischen Volkes lebt in den vier oder fünf größeren Städten. Es ist ganz begreiflich, daß besonders in diesen Städten, in Mainz, Worms, Darmstadt, Offenbach und Gießen, der Wahlkampf mit besonders großer Erbitterung ausgetragen wird. Um die Seele des Volkskampfes ringen diesmal eindringlicher als je die konkurrierenden Massenparteien: Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Der Kampf ist offen.

Die Radikalen links und rechts stürmen in Hessen gegen das „herrschende System“. Was sie darunter verstehen, ist klar. Die Macht der Weimarer Koalition, die seit 13 Jahren den Volksstaat Hessen beherrscht, soll gebrochen werden. Der Sturm auf das „System“ erfolgt auch mit einigen Siegesaussichten. Bisher besaßen die drei Koalitionsparteien 42 Mandate gegen 28 der Opposition. Das Zentrum dürfte in der Hessischen Wahlkampf kaum eine Einbuße erleiden. Schwieriger ist es schon, die Wahlausichten der Sozialdemokraten und der Demokraten zu beurteilen. Beide Koalitionsparteien gehen durch Abzettelungen geschwächt in das Wahlgetümmel, die Demokraten durch die Abzettelung der Radikaldemokraten, die Sozialdemokraten durch das Abkommen der Sozialistischen Arbeiterpartei. Sogar der Kommunismus marschiert in zwei Heereskolumnen auf. Die vielfache Gliederung ihrer Parteien wird der Linken nicht gut bekommen. Man rechnet damit, daß die Weimarer Koalition in die Minderheit verkehrt wird. Die Hitler-Partei wird auf Kosten der gemäßigten bürgerlichen Rechtsparteien erhebliche Fortschritte machen. Die bisherige

Regierung, die aus dem Sozialdemokraten Abelung, dem Zentrumsmann Kirnberger, dem Sozialdemokraten Leuschner und dem Demokraten Korrell bestand, braucht sich ihrer Tätigkeit dabei gar nicht zu schämen. Unter den deutschen Ländern stand der Volksstaat Hessen immer noch mit am besten da. Eine ruhige Regierung schützte das Land vor schweren politischen Erschütterungen. Hessen ist so das einzige deutsche Land geblieben, in dem sich die Weimarer Koalition am längsten behaupten konnte.

Hessen kämpft fürs Reich — daran ist kein Zweifel. Die Entscheidung, die am Sonntag in Hessen fällt, wird auch die Reichspolitik in irgendeiner Form beeinflussen. Bedauerlich ist es, daß durch die immerwährenden Wahlen in allen Winkeln des Reiches politische Unruhe ins Land getragen wird. Eine ruhige politische Arbeit wird immer wieder durch Wahlkämpfe unterbrochen. Hier wird sich einmal ein Wandel vollziehen müssen.

Die bisherige Mandatsverteilung.

Eine Rückschau auf die Wahlergebnisse aus den früheren Wahlperioden dürfte am besten die politischen Verhältnisse in Hessen veranschaulichen. Es handelt sich um die verfassunggebende Volkskammerwahl im Jahre 1919, um die weiteren Wahlen in den Jahren 1921, 1924 und 1927. Zu diesen Wahlen haben die Parteien wie folgt Mandate erhalten:

	1919	1921	1924	1927
Zentrum	13	13	11	13
Demokraten	13	5	6	5
Sozialdemokraten	31	24	26	24
Deutsche Volkspartei	7	10	8	7
Deutschnationale	5	3	5	3
Völkisch-Sozialer Block	—	—	1	—
Bauernbund	—	11	9	9
Unabh. Sozialdemokraten	1	2	—	—
Kommunisten	—	2	4	6
Volksrechtspartei	—	—	—	3

Zieht man die Ergebnisse der Reichstagswahl im Jahre 1930 in Betracht, so wäre die Regierungskoalition (Zentrum, Staatspartei und Sozialdemokraten) mit der Opposition in Stimmengleichheit gekommen. Die Sitzverteilung hätte sich wie folgt gestaltet: Zentrum 10, Staatspartei 3, Sozialdemokraten 22. Die Opposition: Nationalsozialisten 13, Volkspartei 5, Wirtschaftspartei 2, Deutschnationale 1, Bauernbund 5, Christlichsozial 1, Volksrechtspartei —, Kommunisten 8.

Brüning spricht in Mainz.

Der Kanzler fordert Einsicht und Mut zur Wahrheit.

Ein Rechenschaftsbericht.

Mainz, 13. Nov. In den außerordentlich lebhaften Hessischen Wahlkampf, in dem bisher die Führer sämtlicher deutschen Parteien zu Worte gekommen sind, hat heute auch Reichskanzler Dr. Brüning mit einer wirkungsvollen Rede in der Mainzer Stadthalle eingegriffen. Schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung waren nicht nur der große Saal, sondern auch sämtliche Nebenzimmer mit einer über 8000 Personen zählenden Menschenmenge überfüllt; viele Hunderte hatten keinen Einlaß mehr finden können. Der Reichskanzler wurde bei seinem Eintritt in den mit Fahnen reich geschmückten Saal mit stürmischem Beifall empfangen.

Reichskanzler Dr. Brüning führte u. a. aus, Deutschland stehe vor entscheidenden Stunden. Alles, was sich in der Entwicklung längerer Jahre, vor allem aber des letzten Jahres, zusammengedrängt habe, dränge nach einer Lösung in kürzester Frist.

In der Reparationsfrage sei jetzt die sachliche Entscheidung reif geworden.

Wenn man alles darangesetzt habe, um Wirtschaft und Finanzen in den vergangenen 13 Jahren darauf einzustellen, daß wir, ohne neue Kredite in stärkerem Maße herbeizubekommen, die Reparationslasten bezahlen haben, so habe das endlich den Effekt, die Einsicht in der Welt zu schaffen, daß Reparationsleistungen von Deutschland nur durch einen wachsenden und ausschließlichen Einfuhrüberschuß tatsächlich gezahlt werden können. Das sei gelungen.

Deutschland habe die Einfuhr fortschreitend gekürzt und sei in der Ausfuhr an der Spitze der Nationen geblieben.

Es nahe eine Zeit des Vertrauens in Wirtschaft und Finanzen heran, eines Vertrauens in eine Politik echter Verständigung der Völker untereinander, die aufgebaut sein müsse und dauernd nur aufgebaut sein könne auf der Forderung und Sicherung gleichen Rechts für alle Nationen.

Der Reichskanzler wies dann energisch den Vorwurf der Passivität der deutschen Regierung zurück. In diesem Zusammenhang stellte er die Frage, ob der Brief Hugenhofs an den Präsidenten Hoover aus dem Jahre 1929 etwa den Schritt des amerikanischen Präsidenten herbeigeführt habe. Glaube man, daß es leicht gewesen sei, den Weg über Paris und London nach Basel zu finden, um zum Stillhalteabkommen zu gelangen? Der Reichskanzler ging dann auf

die Wirtschaftskrisen der letzten Zeit

wie den Javag-Prozess und die Vorkommnisse bei Nordwolle und Schulteis-Pagenhofer ein, verwies auf die Aktienrechtsreform und die Bankaufsicht und stellte hierbei die Forderung auf, daß die Wirtschaft in Zukunft reiflich nach gesunden und ehrlichen Grundsätzen geführt werden müsse.

In der vielbesprochenen Frage der Zinsenkung sagte der Reichskanzler, die Regierung habe sich nicht mit einer zwangsmäßigen Herabsetzung der Zinsen

beschäftigt. Alle Nachrichten, die verbreitet worden seien und von interessierter Seite stammten, entsprächen nicht der Wirklichkeit und Wahrheit. Die Zukunft unseres Volkes beruhe auf dem Glauben, daß es möglich und notwendig sei, unter allen Umständen die deutsche Währung stabil zu halten, ein Glaube, den die Reichsregierung restlos mit dem deutschen Volke teile. Wenn man die Währung stabil halten wolle, müsse man die Wirtschaft elastischer gestalten als sie heute sei. Die Preise müßten sich den gegebenen Bedingungen schneller anpassen können.

Man mühte für eine Übergangszeit alle Gesetzkosten auf einer elastischen Grundlage ausbauen.

Es sei notwendig, mit einem geringeren Kreditvolumen vom Ausland her die deutsche Wirtschaft anzukurbeln. Das sei möglich. Das seien Dinge, die unbedingt zur Rettung unserer Wirtschaft, zur Rettung auch der breiten Masse der Bevölkerung durchgeführt werden müßten. Sie seien durchführbar, wenn Verständnis und Mitleiden der breitesten Massen der deutschen Bevölkerung damit verbunden seien. Daher habe die Reichsregierung den Wunsch gehabt, solche Maßnahmen in einem größeren Kreis von Vertretern aller Bevölkerungsschichten zu besprechen. Es sei nicht möglich, die Bedeutung dieser Maßnahmen im Augenblick von dem ganzen Volke mitempfinden zu lassen. Es sei aber notwendig, weil alle Maßnahmen, die getroffen würden und noch zu treffen seien, dem Ziele dienten, in der Preisbildung einen Schritt vorwärts zu tun, denn hier hänge alles davon ab, ob die Einsicht der Beteiligten ausreichend sei und ob überhaupt im deutschen Volk genügend Einsicht vorhanden sei, um die Abhängigkeit eines großen Teiles unserer wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen von den Bedingungen des Auslandes abzuleiten.

Aber bei allen Maßnahmen brauche man ein Mitleiden des deutschen Volkes, damit es gelinge, unter Beteiligung aller Wirtschaftskreise, der Landwirtschaft, der Industrie, des Mittelstandes und der Arbeiterchaft Lösungen auf einmal zu treffen, die wegen der Not und des Dranges der Zeit diesmal nicht auf lange Monate verteilt werden könnten.

Sondern im Zusammenhang und in zeitlicher Abstimmung gegeneinander zur Überwindung des Winters in den nächsten Wochen getroffen werden müßten. Man habe die Löhne gekürzt, man habe aus Zwangsgründen auf den Etat die Beamtengehälter herabgesetzt, es sei gelungen, eine Senkung des Preisniveaus durchzuführen, es sei gelungen, in der Landwirtschaft immerhin Preise zu erzielen, die im Vergleich zu den Preisen anderer Völker noch als verhältnismäßig hoch anzurechnen seien. Es sei auch gelungen, in der Viehwirtschaft die Einfuhr durch hohe Zölle und andere Maßnahmen so abzusperren, daß man sagen könne, wir produzieren unser Vieh restlos im eigenen Lande. Aber jetzt zeige sich, daß im Durchschnitt aller Orte in Deutschland und im Durchschnitt der Zeit die Preise sich nicht nach den Zöllen richten, sondern daß die Preise mehr oder weniger zwangsläufig sich der gesunkenen und der eingekürzten Kaufkraft der Bevölkerung anpassen. Daraus folge, daß es

kein Allheilmittel gebe in einer so gewaltigen Krise, daß man nicht einfach durch hohe Zölle die Landwirtschaft retten könne und daß man nicht einfach auf der anderen Seite lassen könne, wenn die Löhne immer weiter sinken würden, dann würde es wieder besser werden.

Sondern alle diese Dinge müßten sorgfältig gegeneinander abgestimmt werden. Und wenn in einem Punkte die Entwicklung auf einem anderen Wege zu schnell vorangeht, sei, könne er zu einem Rückschlag und zu einer Krise führen, die schwer zu überwinden sei. Der Reichskanzler betonte zum Schluss, daß nur die Erkenntnis der Wirklichkeit, nur die Erkenntnis der schonungslosen Wahrheit, nur die Erkenntnis der Fehler der Vergangenheit die einzigen Rettungsmöglichkeiten für ein Volk seien, das sich in einer so einzigartig schwierigen Lage befinde.

Die Rede des Reichskanzlers löste stürmischen Jubel aus. Die Versammlung sang das Deutschlandlied. Sodann machte der Kanzler einen Rundgang durch die ebenfalls überfüllten Nebenzimmer der Stadthalle.

klären, die die Russen an den Tag legen, obwohl die Japaner hart an der Grenze des russischen Einflußgebietes stehen. Es ist aber anzunehmen, daß diese französischen Kombinationen doch über das Ziel hinausschießen. Die ruhige russische Haltung, die natürlich nicht hindert, daß russisches Geld zur Unterstützung aller geldgieriger chinesischer Generale verwendet wird, dürfte vielmehr darauf zurückzuführen sein, daß Rußland zurzeit es gar nicht auf einen bewaffneten Konflikt mit Japan ankommen lassen kann, weil schon allein der Zustand der russischen Eisenbahnen, von anderen Dingen ganz abgesehen, solche kriegerischen Handlungen unmöglich macht. Auch der deutsche Vertreter wird sich bei den Beratungen des Völkerbunds in Paris in seiner einfachen Situation befinden. Wir haben weder Anlaß, es mit den Japanern, noch mit den Chinesen zu verderben. Aber mit dieser sehr einfachen Formel kommt man nicht weiter. Wenn China gegen Japan im Völkerbund kämpft, sind dann die Verhältnisse nicht ähnlich, wie sie im Fall Deutschland-Frankreich einmal liegen könnten. Haben wir also nicht allen Grund, darauf zu achten, daß hier nicht ein Präzedenzfall geschaffen wird, der uns später einmal vorgeburt werden kann. Wenn aber Japan um die Mandchurien kämpft, so lagen die anderen, geschieht das dann nicht, um dem japanischen Volk Raum zu schaffen, also sieht auch Japan in der Mandchurien um Lebensinteressen. Müssen die jetzigen Verträge, die Japan keine Ausbeutungsmöglichkeit geben und ihm keine Rohstoffe sichern, nicht einmal zur Explosion führen? Damit aber wird der berühmte Artikel 19 der Völkerbundscharte berührt, der die Revision von Verträgen vorsieht, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte. Das ist ein Artikel, an dem Deutschland ein ungemein großes Interesse hat. Auch hier wird man also darauf bedacht sein müssen, daß nicht auch hier ein Präzedenzfall geschaffen wird, der eines Tages gegen Deutschland ausgespielt werden kann. Die Dinge liegen also sehr kompliziert, und so weit wir auch geographisch vom Kampfplatz entfernt sind, auch diese Vorgänge im fernem Osten werden uns noch manche Kopfschmerzen bereiten.

Die Pariser Reparations- und Wirtschafts-verhandlungen.

v. Hoeß bei Laval.

Paris, 13. Nov. Botschafter v. Hoeß hatte heute vormittag von 10,15 Uhr bis 10,45 Uhr eine Unterredung mit Ministerpräsident Laval, die die Fortsetzung der jetzt geführten Verhandlungen über die Einsetzung des Sachverständigenausschusses des Young-Planes zur Nachprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands bildete.

Nach dieser Unterredung stellte Botschafter v. Hoeß um 11 Uhr dem französischen Ministerpräsidenten die Mitglieder der deutschen Delegation des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses vor, der um 11 Uhr seine Eröffnungssitzung hielt. Ministerpräsident Laval begrüßte die Delegierten, während im übrigen die Sitzung, die im Innenministerium stattfand, unter dem Vorsitz von Gignoux, dem Unterstaatssekretär für die nationale Wirtschaft, stand.

Über die heutigen Sitzungen der gemischten deutsch-französischen Wirtschaftskommission ist französischerseits ein *communiqué* ausgegeben worden, in dem es u. a. heißt, daß sich ein sehr günstiger Eindruck über die weitere Entwicklung der Verhandlungen ergebe. Wie Havas zu den Nachmittagsverhandlungen mitteilt, dürften die Arbeiten der Kommission für etwa zehn Tage unterbrochen werden. Zwei Unterkommissionen sollen in Paris tagen, die beiden anderen in Berlin, wohin sie möglicherweise von Unterstaatssekretär Gignoux begleitet werden. Obwohl man keine konkreten Ergebnisse aus dieser ersten Beratung erwarten dürfte, sei der allgemeine Eindruck doch zufriedenstellend.

Severing über Putzschgefahren.

Die Polizei verfassungstreu und zuverlässig.

Berlin, 13. Nov. Der preussische Minister des Innern, Severing, hat den Berliner Vertreter des sozialdemokratischen Zentralorgans in Holland „Het Volk“ empfangen und sich mit ihm über die innenpolitische Situation in Preußen unterhalten. Severing erklärte, daß man außerhalb Deutschlands und vielleicht auch in Deutschland selbst die Putzschörungen, die von den radikalen politischen Organisationen gelegentlich geäußert werden, überschätze. Die steigende Millionenzahl von Anhängern der radikalen Parteien bedeute keineswegs, daß alle diese Millionen mit den radikalen Zielen oder gewalttätigen Kampfmethoden der Extremen übereinstimmen. Der Minister erläuterte im einzelnen die Gründe, die zu dem allgemeinen Demonstrierungsverbot in Preußen geführt hätten, und betonte sodann, daß die preussische Polizei in ihrer Gesamtheit absolut verfassungstreu und zuverlässig sei. Die preussische Polizeibeamtenschaft stehe fest zum verfassungsmäßigen Staat und seiner Regierung und werde verfassungsmäßig alles zur Abwehr von unflätigen, gegen Verfassung und Regierung gerichteten Angriffen tun.

Ich möchte aber — so schloß der Minister seine Ausführungen — noch einmal betonen, daß ich gar nicht daran glaube, daß es in den kommenden Monaten zu solchen planmäßigen und großer angelegten Versuchen, die Verfassung und die heutige Staatsform umzustürzen, kommen wird. Es soll zugegeben werden, daß es hier und da gelegentlich radikalen Hezern lokal gelungen wird, verheerliche Bevölkerungsgruppen zu Tätlichkeiten aufzureizen. Deren wird die Polizei ohne größere Schwierigkeiten Herr werden. Sollten aber im Ablauf der nächsten Zeit solche Pläne gesponnen und zu verwirklichen versucht werden, was anzunehmen bisher kein Anlaß vorhanden ist, so ist die bewaffnete Macht des Staates stark genug, auch derlei wahnwitzige und verberblichen Versuche in ihren Anfängen zum Scheitern zu bringen.

Die volksparteiliche Opposition zu Brüning.

Mainz, 13. Nov. Dr. Dingeldey, der Führer der Deutschen Volkspartei, begründete in einer Pressebesprechung und in einer am Abend abgehaltenen Versammlung noch einmal die veränderte Haltung seiner Partei gegenüber der Regierung Brüning. Er denke nicht daran, sich willkürlich der Führung der bisherigen Oppositionsparteien unterzuordnen. Die Volkspartei werde vielmehr ihre Opposition selbstständig und sachlich durchzuführen. Wenn sich ein tatsächliches Zusammengehen mit den Rechtsparteien ermöglichen lasse, so werde auch dieser Fall nicht die Aufgabe der Selbstständigkeit der Volkspartei bedeuten.

Es gibt Künstler, die den stärksten Impuls des Schaffens erst auf den Proben empfangen, in der antegenden Bühnenatmosphäre. So hat Kainz manche Idee aus den zufälligen Kombinationen und Situationen der Probe geschöpft. Überhaupt spielt die äußere Umwelt, die Kustienluft, spielen Kostüm und Publikum eine große Rolle im Schaffen des Schauspielers. Sengdemann fühlte sich haltlos ohne seine raffiniert ausgestattete Kasse, und Matkowsky konnte nur ganz Held sein in Stulpenstiefeln, mit dem Schwert in der Faust. Die Requisiten sind ein befehlendes, der Applaus ein anfeuerndes Moment. Von der ganzen Umwelt geht eine suggestive Wirkung aus, deren der Schauspieler bedarf, um sich völlig einzufühlen in die Seele seiner Rolle. Aus dem Phänomen der Hypnose hat man dann überhaupt das Rätsel der Schauspielerei als „Transfiguration“ erklärt. Max Martenheig führt in einem interessanten Buche die wunderbare Verwandlungsfähigkeit, die dem großen Schauspieler eigen ist, auf eine Art Selbsthypnose zurück, wobei der Künstler unter dem Eindruck einer ästhetischen Suggestion sein Ich-Gefühl aufgibt und ganz in dem Geist und Wesen seiner Rolle aufsteht. Die Schilderungen mancher Künstler, so Mitterwurzers, der Duse, lassen wirklich auf einen solchen Zustand schließen. Von Fled wird berichtet, er habe bei seinem Spiel nicht selten einem Nachtwandler geglichen.

Wiesbaden und das Reich.

Eine Aussprache mit dem Reichsfinanzminister.

Loth in seinem Amtsbezirk seit 6 Jahren alle Kraftwagenführer im städtischen Dienst untersuchen; und es sind dabei eine ganze Reihe bedrohlicher Mängel rechtzeitig aufgedeckt worden. Wir zitieren ihn mit einem charakteristischen Fall: Bei einem körperlich kräftigen 52-jährigen Kraftfahrer der Feuerwehr wurde bei der Nachuntersuchung eine erhöhte Sehstärke des einen Auges festgestellt, die zwei Jahre vorher noch nicht vorhanden war. Die Diagnose des Facharztes lautete: „Sehneroschwund des einen Auges, das gleiche auf dem anderen Auge im Anfangsstadium mit beiderseitiger Gesichtsfeldverengung“. Nun, ohne diese Nachuntersuchung wäre ein Unfall in absehbarer Zeit wohl unvermeidlich gewesen.“ Er hat wohl recht: es fahren zu viele Menschen heute das Automobil, und man sollte von Zeit zu Zeit ihre Eignung arztärztlich überprüfen.

Dr. R. F.

— **Wiesbadener Fremdenverkehr.** Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 12. November 1931 angemeldeten Fremden betrug 109 123 Kurgäste und Passanten.

— **Der Sprudel tagt!** Im Sprudelcasino (King-Casé am Kaiser-Friedrich-Ring) tagte am 11. 11. der große und kleine Rat des Sprudels zur Besprechung über die Karneval-Saison 1932. In der Frage, ob in dieser Saison gesprudelt werden sollte, herrschte Einstimmigkeit der Versammlung hierüber insoweit, als gerade in dieser Notzeit das Wirken des Sprudels angebracht ist, der durch seine uneigennützigste Tätigkeit einer Anzahl Erwerbsloser Beschäftigung verschafft und andererseits aus den Überschüssen ansehnliche Summen der Wohlfahrt überweisen konnte. Nicht zu vergessen sei, daß die Kurverwaltung mit dem Auftreten des Sprudels in ihrem Winterprogramm rechnet. Aus den geschäftlichen Beratungen ist zu berichten, daß der engere geschäftsführende Vorstand (Eiser Komitee) in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen bleibt. Durch Todesfall in der Familie ist der Präsident Schreiber-Dahlen am öffentlichen Auftreten in dieser Saison verhindert, so daß die Sitzungen vom Vizepräsidenten Willi Reusing präsidiert werden. Dessen Kanzlerposten übernimmt für diese Zeit das Mitglied der Eiser Erich Hoffeld, Mauritiusstraße. Die geschäftliche Leitung des Sprudels bleibt nach wie vor in den bewährten Händen des ersten Präsidenten Friedel Schreiber-Dahlen. Es wurden vorläufig folgende Veranstellungen beschlossen: Fremdenziehung im Kurhaus, eine Herrenziehung im Paulinenschlößchen (11. Januar, Montag), Kinderkollumfest am Karfreitag im Paulinenschlößchen und ebenfalls im Paulinenschloß am Faschingsmontag.

— **Die neuen Wohlfahrtsbriefmarken der deutschen Rothilfe** haben dank der besonders glücklich gewählten Motive aus der deutschen Geschichte in den wenigen Tagen seit ihrem Erscheinen sich schon viel Freunde erworben. Eine der schönsten Baudenkmäler des Barock schmückt die 8-Pfennig-Marke: der Dresdner Zwinger. Die 15-Pfennig-Marke zeigt das Rathaus in Breslau, das Bürgerfleisch und Bürgerlust im Osten schufen. Aus dem Westen grüßt uns das Heidelberger Schloß auf der 25-Pfennig-Marke. Inbegriß der deutschen Romantik, und das Lübecker Holstentor auf der 50-Pfennig-Marke erzählt aus der Blütezeit der deutschen Hanse. — Der Verkaufspreis der 8-Pfennig-Marke beträgt 12 Pfg., der 15-Pfennig-Marke 20 Pfg., der 25-Pfennig-Marke 35 Pfg., der 50-Pfennig-Marke 60 Pfg. Auch Postkarten mit eingedruckter 8-Pfennig-Marke sind zu haben sowie Markenheftchen (mit 10 Marken zu 8 Pfg. und 4 Marken zu 15 Pfg.) zum Preise von 2 Mark.

— **Die Schiffe in der Rügasse.** Die Kriminalpolizei konnte die Personalien des Mannes feststellen, der vor einigen Tagen auf einen Polizeibeamten geschossen hatte. Wie schon gemeldet, hatte der Täter nach seiner Festnahme sich geweigert, Angaben über seine Person zu machen. Es handelt sich um einen gewissen Paul Friedrich aus Frankfurt a. M., der schon mehrfach vorbestraft ist. Über die Schießerei, bei der glücklicherweise niemand verletzt worden ist, will er nichts Näheres sagen können, da er vollkommen betrunken gewesen sei.

— **Überfahren und tödlich verletzt.** Eine 35 Jahre alte Hausangestellte, in der Weggstraße wohnhaft, wurde gestern nachmittag, als sie an der Haltestelle der Straßenbahn in der Mainzer Straße bei der Germania-Brauerei aus einem Straßenbahnwagen stieg, von einem Mainzer Personenauto überfahren und ein Stück mitgeschleift. Der Führer des Kraftfahrzeugs fuhr, obwohl die Bremsenbremse seines Wagens nicht in Ordnung war, mit größerer Geschwindigkeit. Die Überfahrte erlitt lebensgefährliche Verletzungen an Kopf, Ferner trug sie Arm- und Beinbrüche davon. Sie wurde in bewußtlosem Zustand ins Städtische Krankenhaus eingeliefert, wo sie in der verfloßenen Nacht ihren Verletzungen erliegen ist.

Christine Sebbel schilderte ihrem Gatten ihre Empfindungen als Lady Macbeth: „Mir war während des ganzen Stückes, als wenn ich die Augen nicht aufsun könnte“. Es ist also eine sehr komplizierte Mischung von Bewußtem und Unbewußtem, von hypnotischen Zwangsvorstellungen und reflektierenden Gedankengängen, die im Schauspieler während des Schaffens wirksam sein muß. Nur so lassen sich auch die gegenwärtigen Antworten erklären, die immer wieder auf die Fragen gegeben worden sind: Soll der Schauspieler über der Dichtung oder in ihr stehen, muß er die Leidenschaft des Wesens, das er darstellt, mitfühlen oder nicht?

Im wesentlichen werden diese Fragen durch die Scheidung von vornehmlich reflektierenden und visionären Schauspielern schon beantwortet. Bei Künstlern, in deren Schaffen die Gedankenarbeit überwiegt, also bei Persönlichkeiten, wie etwa Iffland oder Talma oder von den Modernen Emanuel Reicher, wird gar leicht ein Überlegenheitsgefühl über den Dramatiker sich geltend machen. Bei Sebbelmann wie Rainz hatte man stets den Eindruck, daß sie souveräne Herrscher über ihren Stoff, also auch über die Dichtung waren. Ein Fied oder Kattowitz dagegen ging ganz im Drama auf, tauchte unter in der Stimmungssphäre, die ihn umflutete. Dieses Aufgehen im Geist der Dichtung, dieses ekstatische Schmelzvergessen und Mitfühlen ist nun von den einen als notwendig für den genialen Mimen, von andern aber als seiner unwürdig erklärt worden. Riccoboni, dem auch Lessing zustimmt, erklärt es für ein Unding, daß der Komödiant, der genau wisse, daß alles nur Schein sei, wirkliche Empfindungen habe. Sainte-Albine hält eine „glückliche Neugier“ für unerlässliche Bedingung; ein Schauspieler, der nicht selbst gerührt sei, könne nicht rühren. Diderot hat in seinem berühmten „Paradox über die Schauspieler“ jeden „fühlbaren Mimen“ einen Stümper genannt und der ältere Coquelin sich ihm angeschlossen: Als Anfänger sei er einmal hinter den Kulissen der Fühnung ohnmächtig geworden, aber das sei eine „Jugendfehler“ gewesen und jetzt würde er sich schämen, wenn ihm so etwas passierte. Dem gegenüber wird uns aber von manchen der größten Schauspieler erzählt, daß sie ganz in den Empfindungen ihrer Rollen aufgingen. Wendtels Fied am Morgen eines Tages, an dem er Abends den Lear oder Macbeth spielte, durch die Straßen Berlins, dann lag etwas so imponierend Majestätisches in seiner Haltung, daß sich die Leute aufstürzten: „Der Fied ist schon König vom Kopf bis zur Zeh.“ Nach dem Spiel war der

Anlässlich der am vergangenen Montag in Frankfurt a. M. mit den Vertretern der Presse und Wirtschaft sowie zahlreichen geladenen Gästen aus dem Rhein-Maingebiet stattgefundenen Aussprache nahm der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich auch Gelegenheit, mit Vertretern aus Wiesbaden, den Herren Schulrat Helwig, Heinrich Noos und Stadtrat Schwanl über die für Wiesbaden vordringlichen Probleme des Glücksspiels, der Reichshilfe, der Weithilfe und der Hauszinssteuer sowie der Randfledung sich zu besprechen. Erneut und mit Nachdruck auf die für Wiesbaden als Kur- und Badeort lebenswichtige Bedeutung des Glücksspiels durch die Vertreter Wiesbadens aufmerksam gemacht, ist der Reichsfinanzminister gemeinsam mit dem derzeitigen Verkehrsminister und noch anderen Kabinettsmitgliedern der Auffassung, daß in absehbarer Zeit den größten deutschen Bädern die Möglichkeit gegeben werden soll, bestimmte Glücksspiele für die Kurgäste als Anziehungsmittel zu veranstalten. Baden-Baden und Wiesbaden bedürfen zweifellos schon im Hinblick auf die immer bedrohlicher werdende Konkurrenz der französischen und belgischen Bäder der Glücksspiel-Konzession. Der Reichsfinanzminister betonte die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens der in Frage kommenden Bäderorte und legte den größten Wert auf eine besonders ferische Behandlung der Glücksspielfrage durch die interessierten Gruppen und beteiligten Instanzen. Im Verlauf der Besprechung verwies der Reichsfinanzminister auf das zurzeit in Baden-Baden gehandhabte kleine Spielsystem und sagte auch Wiesbaden im Rahmen des zurzeit Möglichen eine weitgehende Unterstützung zu.

In absehbarer Zeit müsse jedoch an eine grundsätzliche und das Glücksspielproblem endgültig lösende Regelung überhaupt herangegangen werden in Gemeinschaft und enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Instanzen des Reiches und der Länder.

Im übrigen verwies der Reichsfinanzminister auf das bevorstehende Kurorte-Gesetz. Durch das auch von dem deutschen Bäderverband angestrebte Kurorte-Gesetz soll allen Reisenden und Kurgästen eine weitgehende Gewähr dafür geboten werden, daß in allen deutschen Bädern ihre berechtigten Ansprüche vollumfänglich berücksichtigt werden. Der Reichsfinanzminister erklärte sich weiterhin bereit, anlässlich seiner erneuten Anwesenheit in Frankfurt zu Beginn des Monats Dezember eine Vertretung der neuen Arbeitsgemeinschaft der nassauischen Kur- und Badeorte zur Besprechung der vordringlichen nassauischen Bäderfragen zu empfangen. Eine weitgehende Unterstützung der Bäder in der Frage der Förderung des innerdeutschen Reiseverkehrs durch die Reichsbahn-Gesellschaft sagte der Minister zu.

Was die Frage einer besonderen finanziellen Unterstützung Wiesbadens durch das Reich auf Grund seiner überaus großen Wohlfahrtserwerbslozenziffern und seiner besonders mislichen finanziellen Lage anbetrifft, bedauert der Reichsfinanzminister unter Anerkennung der zweifellos hohen prelären Lage Wiesbadens und seiner finanziellen Notlage keine besonderen finanziellen Zuschüsse Wiesbaden gewähren zu können. Schon mit Rücksicht auf weittragende Konsequenzen gegenüber zahlreichen anderen und nicht minder hart bedrängten Kommunen habe er einen erneuten Antrag der Stadtverwaltung Wiesbadens leider ablehnen müssen.

Wiesbaden müsse ebenso wie zahlreiche andere finanziell ebenfalls schwer kämpfende Kommunen alles versuchen, um

in erster Linie durch Drosselung seiner Ausgabenwirtschaft einen allmählichen Ausgleich seiner Finanzen herbeizuführen.

Der Reichsfinanzminister wies mit Nachdruck darauf hin, daß zahlreiche Kommunen mit rein industriellen Charakter und einer nicht minder hohen Wohlfahrtserwerbslozenziffer als in Wiesbaden ihre Finanzen einigermaßen in Ordnung hätten und aus diesem Grunde Städte wie Wiesbaden, Köln, Frankfurt, Berlin und Breslau gleichfalls den Versuch machen müßten, aus eigener Kraft ihre Finanzen in Ordnung zu bringen.

Demgegenüber betonten die Wiesbadener Vertreter, daß Wiesbaden und die hiesigen Verhältnisse nicht mit anderen Kommunen verglichen werden könne. Die Tatsache, daß in Wiesbaden besonders feststellbaren Dauererwerbslosigkeit sei nicht zu übersehen und die durch die Notverordnung erfolgte Herabsetzung der Unterstützungsbauer auf zwanzig Wochen wirkte sich gerade für Wiesbaden hinsichtlich der Wohlfahrtserwerbslozenzfürsorge katastrophal aus. Hunderte von Unterstützungsempfängern dürften in den nächsten Wochen auf Grund dieser Herabsetzung der Unterstützungsbauer der Stadtverwaltung zur Last fallen.

In der Frage der Weithilfe wiesen die Vertreter Wiesbadens auf die mangelnde Berücksichtigung Wiesbadens und des Nassauer Landes hin gegenüber Hessen, Baden und Bayern. Auch gegenüber der Rheinprovinz haben Wiesbaden und das Nassauer Land überaus schlecht abgeschnitten. Bayern, Hessen und Baden haben durch ihre Landesregierungen mit Nachdruck und Erfolg gegenüber der Reichsregierung und insbesondere dem Reichsfinanzministerium die Interessen der besetzt gewesenen Landesteile vertreten und auch im vergangenen Jahr den größten Teil des in Höhe von 20 Millionen für die Weithilfe zur Verfügung gestellten Betrages erhalten. Preußen hat die ihm zugeflossenen Mittel in erster Linie der Rheinprovinz zukommen lassen. Der Reichsfinanzminister betonte die außerordentlich großen Schwierigkeiten, die sich der Finanzierung der Weithilfe, deren Notwendigkeit nicht verkannt werden könne, entgegenstellen, und sagte für die Zukunft eine gleichmäßige und die Interessen Wiesbadens sowie Nassaus besser berücksichtigende Verteilung der Mittel zu.

Die Ausführungen der Wiesbadener Vertreter über die für Wiesbaden und seinen Altkreis sowie die Kur- und Fremdenindustrie besonders dringlichen Fragen, der Hauszinssteuer und Mietenkung verfolgte der Minister mit großem Interesse.

Eine genaue Überprüfung und Beachtung der von den Wiesbadener Vertretern hinsichtlich des Abbaues der Hauszinssteuer gemachten Vorschläge, die auf eine vollkommene Befreiung der Hauszinssteuer und eine Senkung der Mieten bei gleichzeitiger Reparaturaufgabe für den Hausbesitz hinauslaufen und als Ersatz eine gewisse Erhöhung der Umsatzsteuer sowie deren Ausdehnung auf den Hausbesitz und die Mieter vorsehen, sagte der Minister zu.

In der Frage der Randfledung betonte der Reichsfinanzminister, daß sich in Wiesbaden eine besonders günstige Gelegenheit biete, diesen Gedanken in die Praxis umzusetzen, und daß er bereits das hiesige Finanzamt angewiesen habe, wegen der Zurverfügungstellung des früheren Dohmetter Egerzierplatzes für die Zwecke der Rand- und Kleinfledung mit den in Frage kommenden Interessengruppen und der Stadtverwaltung in Verhandlungen umgehend einzutreten. Der Minister hofft, daß diese Verhandlungen bereits in der allernächsten Zeit zu einem positiven Abschluß kommen werden.

Wenn aus Spiel Ernst wird. In den Anlagen des Kurgartens an der Parkstraße erhielt gestern nachmittag ein 12-jähriges Mädchen beim Spielen von einem anderen Kind mit einem Stock einen heftigen Schlag über die Hand. Die Kleine erlitt einen Krampfanfall und brach bewußtlos zusammen. Das Sanitätsauto verbrachte das Kind in das Städtische Krankenhaus.

— **Festgenommen und dem Amtsgericht zugeführt** wurden von der Kriminalpolizei zwei von auswärts wegen Raubes gesuchten Personen.

sonst sanfte, gutmütige Mann häufig noch so in seiner Rolle, daß er sich zu Gewalttätigkeiten hinreißen ließ. Ludwig Derricht konnte öfters den Lear nicht zu Ende spielen, weil das unennbare Weh, das ihn dabei zermürte, seine Brust zu sprengen drohte. Caroline Bauer berichtet, daß er beim Todesstreich auf der Bühne wirklich in Ohnmacht fiel und mühsam zum Leben erweckt, verwundert sagte: „Ich dachte doch, ich sei gestorben.“ Rossi wütete als Shylock und Othello hinter den Kulissen fort. Andererseits konnte Salotti mitten aus einem heftigen Streit als Othello auf die Bühne treten, mit einem Schlage völlig verwandelt. Er meinte, er könne jeden Augenblick jede Szene spielen, ohne das Geringste dabei zu fühlen. „Ich habe es ja früher empfunden, als ich die Rolle studierte! Da vollkommen bis zum körperlichen Schmerz. Aber seitdem ich sie beherrsche, lähmte ich mich um das nicht mehr; seitdem habe ich alles am Schnürchen.“

Wie in jeder Kunst, so müssen auch im Schaffen des Schauspielers die Sphären des Bewußten und Unbewußten sich in einem glücklichen Gleichgewicht befinden, Phantasie und Verstand eine harmonische Vermählung eingehen und jene wunderbare „Traumklarheit“, jene „ahnungslos dumpfe Hellsichtigkeit“ erzeugen, aus der allein das Schöne und das Große geboren wird.

Aus Kunst und Leben.

* 5000 Germanengräber in Westfalen aufgedeckt. Wie aus Arnberg an der Ruhr berichtet wird, sind im nordöstlichen Teil des Arnberger Waldes etwa 5000 Germanengräber entdekt worden, deren Alter auf zweitausend Jahre geschätzt wird. Die Gräber sind auf einer großen Fläche in der Nähe des Rühner Stadtförkes und an beiden Ufern des Wiberbachs angelegt worden und stammen nach der Ansicht des Leiters der Ausgrabungen, Professor Dr. Sileren (Rühner), aus einer Schlacht, die im Arnberger Walde stattgefunden hat. Bereits früher wurde durch den Archäologen Professor Köhler die Ansicht vertreten, daß die Schlacht im Teutoburger Walde im Arnberger Walde ausgefochten worden ist. Die weiteren Nachprüfungen der entdeckten Gräber werden imstande sein, Aufschlüsse darüber zu geben, ob es sich um die Toten der Schlacht gegen den Römer Varus handelt.

— **Vom Motorrad gefallen.** In der Bierstädter Straße stürzte gestern abend gegen 11 Uhr, die 17-jährige Hausangestellte Frieda K., Bertramstraße wohnhaft, vom Sozius eines Motorrades. Sie erlitt bei dem Fall Gehirnverletzungen und mußte ins Städtische Krankenhaus eingeliefert werden.

— **Hühnerdiebstahl.** In der Nacht zum 12. d. M., wurden auf einem Gutshof in Feilchen bei Mainz etwa 30 Hühner gestohlen. Ein Teil der Hühner wurde vom Täter gleich am Tatort abgeschlachtet.

— **Die Kathreiner Gesellschaft m. b. H.** in Berlin erhielt auf der Hygieneausstellung in Dresden für ihre Kathreiner-Kaffee-Produkte die höchste Auszeichnung, die auf diesem Gebiet vergeben werden konnte. Die Firma hat für die Deutsche Winterhilfe zehn Eisenbahnwagen mit vierhunderttausend Paketen Kathreiner, die im Winter an Arbeitslose kostenlos verteilt werden sollen, gespendet.

— **Besuchzeiten des Museums im Winter.** Die Städtische Pressestelle teilt mit: Für die Wintermonate, von Mitte November bis Ende März, sind die städtischen Sammlungen, sowie die wechselnden Ausstellungen des Nassauischen Kunstvereins am Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag von 11–13 und 14–16½ Uhr geöffnet. Dienstags und Freitags bleiben die Sammlungen geschlossen.

— **Öffentliche Führungen im städtischen Museum.** Am Sonntag, 11½ Uhr, findet in der Geologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums die erste unentgeltliche Führung dieses Winters statt.

— **Silberne Hochzeit feiern** am 17. November, die Eheleute Karl Krissel und Frau, Christina, geb. Ott, Mittelheimer Straße 1.

— **Die Landwirtschaftskammer** hält ihre 38. ordentliche Vollversammlung am Donnerstag, 26. November, im Stadtverordneten-Sitzungs-Saal des Rathauses ab. Die Tagesordnung enthält in der Hauptsache die üblichen Wahlen.

Wiesbaden-Biebrich.

In der vergangenen Woche war der Schleppverkehr auf dem Rhein weiterhin sehr reg, ebenso der Talverkehr von leerem Schiffraum. Im Güterverkehr war der An- und Abgang gegen die Vorwoche unverändert. Der Wasserstand ist trotz der letzten Niederschläge unverändert und begünstigt außerordentlich die Sandbaggererei, doch sind die Abfuhrmöglichkeiten für Sand infolge Varnierens der Bauarbeiten äußerst gering. Seit langer Zeit ging in dieser Woche wieder einmal ein Floß zu Tal.

Wiesbaden-Bierstadt.

Der Vorstand des Bezirksvereins tagte im „Rebenhof.“ An Stelle des nach Mainz verzogenen Mitgliedes W. Dör wurde auf Vorschlag des Handwerker- und Gewerbevereins, Schlossermeister A. Bierbauer in den Vorstand berufen. — Der Schulhof an der Adlerstraße ist auf eine Eingabe des Bezirksvereins hin in ordnungsmäßigen Zustand gebracht worden, er soll im Frühjahr noch eine neue Teerdecke erhalten. — Eine Eingabe des Vereins verhinderte die Erhöhung der Beerdigungsgebühren auf 100

Der Fremdenverkehr in Wiesbaden im Sommerhalbjahr 1931.

Rückgang der Fremden um 25 v. H. — Abnahme der Übernachtungen um nur 22 v. H. — Stärkere Verminderung der Auslandsfremden.

Unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Depression und des meist ungünstigen Wetters ging der Fremdenverkehr, wie fast überall, so auch in Wiesbaden im Sommerhalbjahr 1931 gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs nicht unerheblich zurück. Vom 1. April bis zum 30. September 1931 wurden hier 82 523 Fremde gezählt, gegenüber 110 525 im Sommer 1930. Der Rückgang betrug demnach 28 002 oder 25,3 v. H. Die Inlandsfremden haben um 11 754 oder 17,7 v. H., die Auslandsfremden, in deren Herkunftsländern sich die Weltwirtschaftskrise ebenfalls immer mehr auswirkt, dagegen um 16 493 oder 37,4 v. H. abgenommen. Die Zahl der Fremden aus dem Ausland ist also absolut um etwa die Hälfte und relativ sogar um mehr als das Doppelte stärker zurückgegangen als die Besucherzahl aus dem Deutschen Reich. Hierdurch verschiebt sich der Anteil der Auslandsfremden an der Gesamtzahl der Fremden; kamen im Sommer 1930 etwa zwei Fünftel aller Fremden aus dem Ausland, so waren es 1931 nur noch ein Drittel.

Von den Auslandsfremden hatten die Gäste aus den Vereinigten Staaten von Amerika bei weitem die größte Abnahme aufzuweisen; ihre Zahl verminderte sich gegenüber dem Sommerhalbjahr 1930 von 18 382 um 10 168 auf 8214. Der Rückgang war bei diesen Fremden nur um 1586 geringer als bei sämtlichen Gästen, die im Deutschen Reich ihren Wohnsitz haben. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß der Amerikanerbesuch sich in Wiesbaden im Jahre 1930 gegen 1929 um 54 v. H. gehoben hatte; in Baden-Baden dagegen erfuhr er in derselben Zeit eine Abnahme von 10 v. H. Absolut nicht unwesentlich niedriger als im Sommer 1930 waren ferner die in der Berichtszeit in Wiesbaden ermittelten Zahlen der Fremden aus England (— 2265), sowie aus Holland und Belgien (— 1492). Allein die Schweizer zeigten eine, wenn auch nur geringe Zunahme (+ 47). Italien und Frankreich dagegen erlitten in der Zeit vom 1. April bis Ende September 1931 ungefähr gerade soviel Besucher wie im Vorjahre. Im Sommer 1930 fielen die Fremden aus den Vereinigten Staaten von Amerika mit 18 382 bei weitem das größte Kontingent aller Auslandsfremden; im vergangenen Sommerhalbjahr dagegen überwiegen die Fremden aus Holland und Belgien mit zusammen 8328 Personen, denen allerdings im Jahre 1931 die Gäste aus den Vereinigten Staaten nur um 114 nachstanden.

Auffallreicher als die reinen Fremdenzahlen sind die Zahlen der Übernachtungen; aus ihnen können wertvolle Schlüsse auf die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs gezogen werden. In der Berichtszeit sind die Übernachtungszahlen gegenüber dem vorhergehenden Sommer von 690 642 auf 539 484 zurückgegangen. Der Rückgang betrug demnach 151 158, d. h. 21,9 v. H. Infolge der längeren Aufenthaltsdauer war die Abnahme der Zahlen der Übernachtungen erfreulicherweise relativ nicht so hoch wie die der Fremdenzahlen. (25,3 v. H.) Während im vergangenen Sommer gegenüber dem vorhergehenden bei den Übernachtungen der Fremden aus dem Deutschen Reich eine Verminderung von 501 125 um 97 088 oder 19,4 v. H. auf 404 037 festgestellt wurde, fielen die Übernachtungszahlen der Auslandsfremden von 188 653 um 55 285 oder 29,3 v. H. auf 133 368. Die Übernachtungen der Auslandsfremden haben demnach zwar nicht absolut, aber doch relativ wesentlich stärker abgenommen als die der Inlandsfremden.

Der Rückgang der Übernachtungszahlen war im Sommer 1931 im Vergleich zu 1930 unter den Auslandsfremden bei den Fremden aus den Vereinigten Staaten von Amerika weitaus am größten (— 29 704); ihrer absoluten Zahl nach ebenfalls erheblich zurückgegangen waren die Übernachtungen der Gäste aus Holland und Belgien (— 8305), aus England (— 8246), sowie aus Schweden, Norwegen und Dänemark (— 5188). Demgegenüber ergaben sich bei den Fremden aus der Schweiz, die, wie gezeigt, im diesjährigen Sommer etwas zahlreicher in Wiesbaden vertreten waren als im vorjährigen und außerdem bei den Besuchern aus Frankreich, deren Zahl, wie gesagt, ungefähr die gleiche war, höhere Übernachtungszahlen, die um 5942 und um 1661 über dem Ergebnis vom Sommerhalbjahr 1930 lagen.

Würdigt man die Zahlen des Fremdenverkehrs im Sommer 1931 nach ihrer absoluten Höhe, so ist es immerhin beachtlich, daß hier trotz der Weltwirtschaftskrise über 82 500 Fremde mit 539 500 Übernachtungen gezählt wurden. Das Ergebnis zeigt, daß Wiesbaden trotz aller ungünstigen Momente der Gesamtlage seine alte Anziehungskraft als Weltkurstadt und Heilbad auf viele Tausende weiterhin ausübt, die auch in diesen schweren Zeiten hierher kommen, um Erholung und Stärkung, Genesung und Freude zu suchen und zu finden.

Der Ackerbau-Ausschuß der Landwirtschaftskammer.

Versuche zur Steigerung der Erzeugung.

Der Ackerbau-Ausschuß der Landwirtschaftskammer Wiesbaden hielt in Anwesenheit des Präsidenten Sepp (Seelbach) unter Leitung des Ausschuß-Vorsitzenden Gutsbesizers Volz (Seulberg) eine Sitzung ab, in der folgendes von allgemeinem Interesse zu berichten ist: Der Ausschuß-Vorsitzende wies einleitend darauf hin, daß sich seit der letzten Sitzung des Ausschusses die Lage der Landwirtschaft wesentlich verschlechtert hat. Der Landwirt habe in seinem Betriebe soviel Kapital investiert, welches sich nach kaufmännischen Gesichtspunkten betrachtet überhaupt nicht rentiert. Die Steigerung der Produktion könne nicht mehr als eigentliche Aufgabe der Kammer betrachtet werden. Die Kammer müsse aber die verantwortlichen Stellen daraufhinweisen, Abhilfe zu schaffen, da sie sonst die Verantwortung nicht tragen könne. Von Seiten verschiedener Ausschußmitglieder wurde auf den Rückgang in dem Absatz künstlicher Düngemittel hingewiesen, welcher notgedrungenemmaßen zu einer beträchtlichen Minderung der landwirtschaftlichen Erzeugung führen müsse, deren Folge darauf hinauslaufe, daß Deutschland noch mehr vom Auslande abhängig werden wird.

Es folgte der Bericht über die für das Jahr 1932 geplanten Versuche. Zur Prüfung der Anbaufähigkeit neuer Hafer- und Gerstensorten sollen die Sortenversuche auch weiter durchgeführt werden. Die im Vorjahre erstmalig angelegten Sommerweizenversuche sollen auch schon mit Rücksicht auf die Einschränkung des Roggenanbaues nach Möglichkeit ausgedehnt werden. Auch mit Rücksicht auf die größere Bodfruchtbarkeit und die neu beschaffenen Zuchten verdient der Anbau des Sommerweizens die größte Beachtung. Die hierfür in Frage kommenden Gebieten sind durch die Versuche zu ermitteln. Nach Ansicht des Ausschusses empfiehlt sich in klimatisch bevorzugten Kreisen die Aussaat bereits im Januar. — Weiter wurde zum Ausdruck gebracht, bei allen Getreideversuchen solche Sorten zu ermitteln, die wenig Ansprüche an Düngung und Kulturstellen stellen, da die Ausgaben hierfür wesentlich eingeschränkt werden müssen. — Nach Ansicht des Ausschusses verdienen die Kunsterbsen-Lotalzuchtungen in den Gemartungen Westerfeld, Röhren, Niederursel und Burgschwalbach die größtmögliche Unterstützung. Es soll versucht werden, an diesen Orten durch die Gründung von Genossenschaften Zucht und Absatz zu fördern und in geordnete Bahnen zu lenken. Die Samenprüfungsstelle soll hierbei zur Mitarbeit herangezogen werden.

Allgemein erkannte der Ausschuß an, daß durch die seitherigen Versuche eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erzielt wurde, da hierdurch die Landwirte erst auf die Vorzüge der neuen gegenüber den alten abgebauten Sorten aufmerksam wurden. Aufgabe der Landwirtschaftsschulen und Organisationen müsse es nach wie vor sein, die Landwirte noch mehr als bisher durch Exkursionen und Besichtigungen auf die Versuche hinzuweisen. — Bei den Kartoffelversuchen ist mit Rücksicht auf das diesjährige Verjagen der Sorte „Indultrie“ die Züchtung einer geeigneten Ersatzsorte im Auge zu behalten. Hierbei wurde auf die mit Bremerkreuzungen 4 und 30, sowie mit Böhmischen Ackerlegen und Ovale Gelbe erzielten Erfolge verwiesen. — Die Versuche mit dem Anbau von Kart-Stammholz zur Grünfütterung, sowie die weitergeplanten Saatkart- und verschiedene Düngungsversuche fanden die Billigung des Ausschusses. Auch die Feststellungen der Bodfruchtbarkeit der verschiedenen Weizenarten sollen beibehalten werden.

Zum Schluß wurde über die Tätigkeit der Maschinenprüfungsstelle der Kammer referiert. Der Ausschuß hielt, obwohl er festgestellt, daß bei der heutigen Wirtschaftslage kaum von der schollenlegenden Bevölkerung an einen Maschinenanbau gedacht werden kann, die weitere Durchführung der Maschinenprüfungen im Interesse der Arbeits- und Kostenersparnis im Produktionsprozeß für dringend erforderlich und nahm von der ausgedehnten Tätigkeit, die die Maschinenprüfungsstelle der Kammer entfaltet, mit Genugtuung Kenntnis.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Die Erhöhung der Frankfurter Krankenkassenbeiträge genehmigt.

Frankfurt a. M., 13. Nov. Das Oberversicherungsamt in Wiesbaden hat der Erhöhung der Beiträge der Frankfurter Ortskrankenkasse von 6,9 auf 7,2 Prozent zugestimmt. Dabei hat das Oberversicherungsamt aber besonderen Wert auf die Feststellung gelegt, daß es sich nur um eine vorläufige Maßnahme zur Aufrechterhaltung des ordnungsmäßigen Betriebs der Krankenkasse für die allernächste Zeit handelt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Maßnahme allein keineswegs genügt, um eine gründliche Wiederherstellung der gesamten Finanzlage der Kasse auf die Dauer zu gewährleisten. Es komme vielmehr in der Hauptsache darauf an, die gesamte Organisation der Kasse, vor allem auch die Personal- und Befoldungsverhältnisse schon in allernächster Zeit durchzuprüfen und mit den Erfordernissen der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Einklang zu bringen.

Eindrecker-Freiheit.

Frankfurt a. M., 13. Nov. Ein Zigarettenhändler wollte am Donnerstag in der Hanauer Landstraße ein neues Geschäft aufmachen. Als er am Donnerstagmorgen seinen Laden eröffnen wollte, hatten zwei Eindrecker bereits den größten Teil seines Warenbestandes fortgeschafft. Ähnlich erging es dem Inhaber eines Trübsandgeschäfts an der Bodenheimer Warte. Dort lehrte der Geschäftsinhaber nach Ladenschluß noch einmal in sein Geschäft zurück, weil er etwas vergessen hatte. Er stolperte über ein Paket in der Tür und stellte fest, daß inzwischen Eindrecker gekommen waren. Diese flüchteten jetzt und ließen das Paket zurück, hatten aber schon vorher Zeit gefunden, eine größere Menge Waren fortzuschaffen. Die erbeuteten Gegenstände haben einen Wert von mehreren tausend Mark.

Bredenheim, 13. Nov. Als erste Maßnahme im Rahmen der vorgesehenen Winterhilfe werden allen Minderbemittelten, Erwerbslosen und Ausgewanderten der hiesigen Gemeinde aus dem Staatswalde je zwei Kammern Holz zum Preise von 1,60—2 M. zur Selbstfällung zugewiesen.

Geisenheim, 13. Nov. Die Sammlung für die Winterhilfe, die vom Wohlfahrtsausschuß, bezw. den karitativen Vereinen veranstaltet wurde, hat den Betrag von 2805,35 Mark erbracht.

Worms, 13. Nov. Ein tödlicher Unfall ereignete sich gestern zwischen Worms und Bredenheim dadurch, daß beim plötzlichen Anziehen der Pferde der Kutscher Stimmer, der auf dem Gute Nonnenhof beschäftigt war, von seinem Wagen herabfiel. Er geriet unter die Räder, wurde mehrere Meter weit mitgeschleift und erlitt schwere Verletzungen, unter anderem auch einen Schädelbruch. Dieser hatte seinen alsbaldigen Tod zur Folge.

Markt, es wird auch in Zukunft der bisherige Sach gelten. — Es wurde Klage geführt über die schlechte Beschaffenheit einiger Ortsstraßen, besonders der Vordergasse und deren Fußsteig und der Honiggasse. Die Instandsetzung dieser Straßenteile soll beantragt werden. — Der jetzige Fahrplan der Straßenbahn wurde scharf kritisiert, da sich an Werktagen der Fahrplan sechsmal ändert. Auch hier wird der Bezirksverein eine bessere Regelung zu erstreben suchen.

Wiesbaden-Erbenheim.

Eingebrochen wurde in der vergangenen Nacht bei einem hiesigen Einwohner. Es wurden außer Lebensmittel verschiedene Kleidungsstücke und Schuhe und ein geringer Geldbetrag gestohlen.

Vorberichte über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* Kurhaus. Sonntag findet um 16 Uhr ein Sinfonie-Konzert des Kurorchesters unter Leitung von Musikdirektor Irmer und solistischer Mitwirkung von Kammermusiker Franz Danneberg (Flöte) statt. Für 20 Uhr ist unter Leitung von Musikdirektor Irmer ein „Franz-von-Blon-Abend“ angelegt. Sonntag 20 Uhr tritt im kleinen Saale die Hellscherin Madame Karoly auf. Sonntagnachmittag findet ein Tanz-Tea im kleinen Saale des Kurhauses statt. — Montag 20 Uhr treten im großen Saale in einem „Abend für zwei Klaviere“ Grete Alstadt und Albert Hofmann auf. Es gelangen im Abonnement Werke von Schumann, Busoni, Hans Klescher und S. Brahms zur Ausführung. — Der Gesellschaftspaziergang am Dienstag führt zum Weißburger Tal. Treffpunkt 14.30 Uhr am Haupteingang des Kurhauses.

* 4. Volksbildungsabend. Das Wiesbadener Sinfonie-Orchester (1903) unter Leitung des Kapellmeisters Willy Krauß gibt am Sonntagabend im Paulineischen Hof im Volksbildungsverein ein Konzert, in dem Ida Turana von hier als Pianistin mitwirkt.

* Die Wiesbadener „Vortragsgemeinschaft“ feiert ihre diesjährige Vortragsreise. „Weltpolitik und Weltwirtschaft“ am Montagabend 8 Uhr in der Aula des Oberlyzeums am Boleplatz fort. Univeritätsprofessor Dr. Künge (Frankfurt a. M.), der hier in Wiesbaden allgemein als bedeutender Redner und hervorragender Historiker geschätzt wird, beginnt mit seinen Vorträgen über das britische Weltreich und die Vereinigten Staaten und Europa.

* Althaus-Betriebe, Wiesbaden. Am Montag beginnt das neue November-Fest-Programm vom 16. bis 30. Nov. Es werden 24 Nummern geboten; darunter Heinz Ewelt, der beliebte Tenor vom Theater des Westens Berlin, als Conferencier; Lydia Bogowsta (Berliner Revue-Sängerin), Les Midinettes, Verwandlungen-Lanz-Quett; The Rosbights, ein indischer Zirkus; Ella Ernst, die ehem. Solotänzerin des National-Theaters Mannheim; Hans Alwin, Stimmungs-sänger; 2 Kartings, eine humoristische Jongleurtruppe mit Überraschungen; Ella Ernst, Soubrette vom Stadttheater Heidelberg; Monty-Galicos, phänomenale Ezzenztrik; Ally und Lydia, die einzigen weiblichen Komiker; die Wiener-madeln, Revue-Ballett.

* Nassauischer Kunstverein. Die aus Paris entliehene französische Abteilung der gegenwärtigen Ausstellung „Zehn Jahre europäischer Theaterkunst“ wird am Sonntag zum letzten Male gezeigt, da sie anschließend dem Theater-Museum in München ausgeliefert ist. Der Eintritt in die Ausstellung ist an diesem Tage ermäßigt.

* Stadttheater Mainz. Wochenplan: Sonntag, 15. November, 19 Uhr: „Im weißen Rößl“. Montag, 16. November, 19.30 Uhr: „Der Zigeunerbaron“. Dienstag, 17. November, 19.30 Uhr: „Fiesland“. Mittwoch, 18. November, 19.30 Uhr: „Im weißen Rößl“. Donnerstag, 19. November, 19.30 Uhr: „Emil und die Detektive“. Freitag, 20. November, 19.30 Uhr: „La Bohème“. Samstag, 21. November, 20 Uhr: „Bunter Abend“. Sonntag, 22. November, 11 Uhr: Junge heilige Autoren: Karl Baller, Anton Behner, Hanns Albricht, Max Herchenröder lesen aus eigenen Werken. Uraufführung „Rebel über der Maas“ von A. G. Walter Best. Leitung: G. A. Walter Best. — 18 Uhr: „Siegfried“.



Ein vollwertiger Ertrag für Baumwolle?

Die Zupflanzung, ein ursprünglich in Brasilien beheimatetes Gewächs, ist jetzt mit Erfolg in Deutschland angepflanzt worden. Laboratoriumsprüfungen sollen ihre Verwendbarkeit als Ersatz für Baumwolle ergeben haben. Wenn es gelänge, diese Pflanze in größerem Umfang in Deutschland heimisch zu machen und sie entsprechend zu verarbeiten, so würde damit die deutsche Handelsbilanz um ungeheure Summen entlastet werden.

Wiesbadener Lichtspiele.

* Ufa-Palast. Sonntagvormittag 11.30 Uhr findet eine Sondervorführung des Filmwerkes „Die Seeschlachten des Weltkrieges“ statt. Karten sind im Vorverkauf an den Ufa-Palast erhältlich. Jugend hat Zutritt.

Aus dem Vereinsleben.

* Der Verein für Kleingartenbau für Wiesbaden und Umgegend veranstaltete am vergangenen Samstag als Einleitung des Winterprogramms im Restaurant „Germania“, Helenenstr. 9, eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in welcher Amtmann Schreiber (Mainz), 1. Vorsitzender des Kleingartenbauvereins Mainz, einen Vortrag hielt über die Entziehung und Entwicklung der Mainzer Kleingarten-Dauerkolonien. Die Ausführungen, die außerordentlich interessant und auch für die Wiesbadener Bewegung sehr anregend und lehrreich waren, fanden lebhaften Beifall. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die ungeheuren Arbeiten, die jeder einzelne Gartenpächter leistete, um zu diesem Ziele zu gelangen. Die Dauerkolonien sind vollständig einheitlich angelegt, gleiche Lauben, gleiche Einzäunung und geben dadurch sowohl während der Baumbüte als auch bis in den Herbst hinein für jeden Besucher ein imposantes Bild. Alles in allem zeigte der Vortrag, was in der Kleingartenbewegung erreicht werden kann, wenn die einzelnen Kolonisten treu zu dem Gesamtverband halten und dieser wieder bei den Behörden die erforderliche Unterstützung findet, wie dies in Mainz bei Errichtung der Kleingarten-Dauerkolonien der Fall war.

* Die „Evangel. Jugend-Spielgruppe“ der Reutische „Evangel. Jugend-Spielgruppe“ der Reutische Saal des Gemeindehauses, Elsser Platz, einen Theater-Abend: „Gottes Wort und Luthers Lehr“. Eigenbildlich aus der Reformationszeit. Der Reinertrag ist für das Evangelische Landheim in Kloppenheim bestimmt.

Die Grundlagen des Frankfurter Sängerbundesfestes.

Kein „Fest“, sondern eine Heerschau deutscher Sänger.

Die immer noch verbreiteten Gerüchte über eine etwaige Verlegung des Frankfurter Festes werden jetzt neuerdings durch einen Aufruf des Obmannes des Musikausschusses im DSB., Dr. Laugs-Kassel, in der Deutschen Sängerbundeszeitung dementiert. Dr. Laugs schreibt:

Der Gesamtausschuss des Deutschen Sängerbundes hat jüngst auf seiner Mainzer Tagung nach eingehender Beratung sich einmütig zu dem Beschlusse bekannt, trotz oder gerade wegen der schlimmen Zeitverhältnisse an dem im Goethejahr 1932 geplanten

XL. Deutschen Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. unerschütterlich festzuhalten. Allerdings soll der äußere Rahmen des Festes so einfach wie möglich ausgestaltet werden, damit um so stärker der innere Wert unserer Arbeit im Dienste der deutschen Volkskunst in die Erscheinung treten kann.

Mehr denn je bricht sich angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage die Überzeugung Bahn, daß unser Deutscher Sängerbund vor einer Schicksalswende steht. Will die halbe Million deutscher Sängerkollegen, die in unserem großen Bund vereint ist, wirklich zeigen, daß ihr Singen nicht oberflächliche Unterhaltung, sondern begeistert verfolgte Herzenssache ist, will der Deutsche Sängerbund beweisen, daß er wirklich eine alle Kreise unseres Volkes erfassende Kulturaufgabe zu lösen bestrebt ist, dann muß die Erfüllung dieser Aufgaben und Pflichten in erster Linie bei der Heerschau unseres Bundes, bei unseren Sängerbundesfesten, zur Tat werden. Mit feierlichen Reden, mit einem imposanten Festzug und feuchtfröhlicher Sangesbrüderlichkeit ist es nicht mehr getan. Der oft verhöhlte und verachtete, in Wirklichkeit aber hocherfreulicherweise in fast allen Kreisen unseres Bundes vorhandene unbeirrtbare Wille zu erster musikalischer Arbeit, die Freude, mit der wir vor allem das „Volkslied“ als kostbares Kleinod betrachten: Sie sollen im Brennpunkt des Sängerbundesfestes weithin leuchtende Gestalt annehmen als Zeichen, daß unser an äußeren Gütern so arm gewordenes Volk sich in seinem kulturellen Leben trotz aller Schicksalsschläge von keiner Nation der Erde übertreffen lassen will. Wenn auch nur 60 000 oder 40 000 Sänger nach Frankfurt kommen, wird das Fest doch seinen Zweck vollständig erfüllen. Mit Recht darf darauf hingewiesen werden, daß für eine Besserung der Wirtschaftslage innerhalb der nächsten Jahre keine Gewähr vorhanden ist und daß damit die Gefahr immer größer wird, in absehbarer Zeit auf ein Deutsches Sängerbundesfest überhaupt verzichtet zu müssen.

Darum rüft Euch, Ihr deutschen Sänger, zur Sängerbundfahrt nach der alten Krönungsstadt Frankfurt. Spart und sammelt, um das Unmöglichste zu machen! Schaffte Euch in erster Linie die Frankfurter Liederhefte an! Sie enthalten wertvolle Chormerke, die der Musikauschuss aus vielen Hunderten von eingeleiteten Chormerkeln ausgesucht hat. Ihr müßt die schönen Goethe-Chöre schon lange vor dem Fest in eurer Heimat so oft gesungen haben, daß ihr sie in- und auswendig kennt; denn nur dann ist die Gewähr für eine einwandfreie Aufführung in Frankfurt gegeben, wenn sich dort der große Chor über das Technische hinaus zusammenfindet in der Erfassung der Musik gemessenen Dichtworten Goethes. — Und, Ihr Sänger, die ihr aus irgendwelchen Gründen leider unmöglich nach Frankfurt kommen könnt, auch ihr müßt diese Liederhefte haben, denn auch in euren Kreisen wird man unseres großen Dichters gedenken; ihr habt dadurch schönes Material für eure Goethefeiern in Händen.

Und nun möge in allen Kreisen unseres Deutschen Sängerbundes die große musikalische und wirtschaftliche Vorarbeit für das XL. Deutsche Sängerbundesfest beginnen! Vom Nordseestrand bis zum Wöhrthsee in der bayerischen Südmart, von Aachen und Saarbrücken an der Westgrenze des Reiches bis zum fernen Königsberg und bis Oberschlesien soll ein Singen und Klingen anheben. Möge der Geist Goethes wieder einmal alle Deutschen und vor allem all die vielen Sorgen des Alltags hinweg wie in einer gewaltigen Gemeinschaft zusammenführen. Darum die Parole:

Auf zum XL. Deutschen Sängerbundesfest im Juli 1932 nach Frankfurt a. M.

Aufführung der 9. Sinfonie.

Daß die 9. Sinfonie aufgeführt wird, ist an sich nichts Besonderes. Die Tatsache wird erst dadurch bemerkenswert, daß der Deutsche Sängerbund, der bisher nur Männerchöre vertrug, an dem hervorragenden Platze diese Sinfonie in das Festprogramm gestellt hat. Die Aufführung ist gewissermaßen Symbol des Anschlusses der gemischten Chöre an den DSB. Laugs erfüllt damit sein Programm, das er vor seiner Wahl als Obmann des Musikausschusses den Führern des DSB. bekanntgegeben hat, nämlich keinen ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die gemischten Chöre als gleichberechtigte Glieder in den DSB. Aufnahme finden. Der Frankfurter Festauschuss erläßt daher in der Deutschen Sängerbundeszeitung eine Bekanntmachung: An alle gemischten Chöre und Sängerkreise, die den einzelnen Bünden des DSB. angeschlossen sind, ergeht daher der Ruf zur Mitwirkung. Die Aufführung findet am Samstag, 23. Juli 1932, 20.30 Uhr, die Probe am gleichen Tage 13 Uhr in der von der Stadt Frankfurt zu erachtenden Sängerkirche unter Leitung des Obmanns im Musikauschuss, erster Stabskapellmeister Dr. h. c. Robert Laugs, unter Mitwirkung erstklassiger Solisten und eines großen Festorchesters statt.

Anmeldungen unter Angabe der mitwirkenden Damen und Herren, nach Stimmangabe geordnet (Sopran, Alt, Tenor, Bass), werden möglichst bald erbeten an den Konzertauschuss, Frankfurt a. M., Platz der Republik 47 (Haus Offenbach), von dem auch Mitteilungen eingeholt werden können.

Im Anschluß daran läßt der Konzertausschuss folgende Erläuterungen veröffentlichen: Auf Vorschlag des Musikausschusses wird den bei der Aufführung mitwirkenden Damen der Festbeitrag erlassen. Alle mitwirkenden Damen und Herren haben dieselben Vergünstigungen in Bezug auf den Besuch aller offiziellen Veranstaltungen, zum Beispiel bezüglich der großen Ermäßigung für den Besuch der Hauptkonzerte und der zahlreichen Sonderkonzerte, des Begrüßungskonzertes, veranstaltet vom Sängerbund Kassel, der Deutsches Fest mit der Aufführung der Kantate „Von deutscher Art“ von Felix der Hohenstauffenfeier, der Stadionfeier, der Kommerse und anderen Veranstaltungen, sowie der Benutzung der Sonderzüge mit ihren fast ermäßigten Preisen, der Teilnahme an den Raufereien usw.

Die Einrichtungen zum Schutz von Mutter und Kind.

Der Reichs- und der Arbeitsminister haben dem Reichstag auf sein Verlangen eine Denkschrift über die Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind, wie sie in der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege im Rechnungsjahre 1928/29 bestanden, überreicht. Danach waren in der Berichtszeit 279 öffentliche und 343 freie Entbindungsanstalten mit einer Gesamt-Bettenzahl von rund 18 500 vorhanden. Die Zahl der Mütterheime wird bei der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge mit 70, bei der freien mit 135 (rund 5700 Betten) angegeben, die der Heil- und Pflegeanstalten für gesunde und kranke Säuglinge und Kleinkinder mit 375 bzw. 835 (mehr als 40 000 Betten), die der Säuglings- und Kinderkruppen mit 108 bzw. 225 (rund 11 500 Betten), die der Kindergärten mit 1865 bzw. 5417 (fast 422 000 Betten bzw. Plätze), die der Kinderhorte mit 853 Einrichtungen der freien Wohlfahrtsfürsorge, in denen 42 340 Plätze vorhanden waren, die der Schwangeren-Beratungsstellen mit 1426 Institutionen der öffentlichen und 1833 der freien Wohlfahrtsfürsorge, die der Mütterberatungs-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge mit 6159 bzw. 3617 und die der Gemeinde-Pflegeinstitutionen mit 1623 bzw. 9685 Einrichtungen. In den Einrichtungen der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge sind 842 Haupt- und 4225 nebenamtliche Ärzte tätig, ferner 373 haupt- und 2688 nebenamtliche Hebammen sowie 11 888 haupt- und 5439 nebenamtliche Pflegepersonen. Die freie Wohlfahrtsfürsorge hat die Zahl der bei ihr beschäftigten Ärzte nicht angegeben. In der freien Wohlfahrtsfürsorge wurden an Pflegepersonen ermittelt für die geschlossene Fürsorge 5980, für die halb offene 11 404 und für die offene 15 513. Außerdem haben die Organisationen der freien Wohlfahrtsfürsorge für 1007 Einrichtungen der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge noch 1954 Pflegekräfte gestellt. Ferner entfaltete die freie Wohlfahrtsfürsorge, nach der Denkschrift, eine umfangreiche Tätigkeit zum Schutze von Mutter und Kind durch Bereitstellung von Röhren mit den Bedarfsgegenständen für das Wochenbett und Säuglingswäsche usw. Behördenseitig wurden die Einrichtungen der freien Wohlfahrtsfürsorge im Rechnungsjahre 1928/29 durch Zuschüsse von insgesamt 9.484 Millionen M. unterstützt. In der öffentlichen Fürsorge gab es, landesmäßig geordnet, in Preußen 136 Entbindungsanstalten, 39 Mütterheime, 211 Kinderheil- und Pflegeanstalten, 63 Krippen, 525 Kindergärten, 937 Schwangeren-Beratungsstellen, rund 3700 Mütterberatungsstellen. Nichtöffentliche Einrichtungen wurden jährlich mit 6 223 466 M. unterstützt. Für Bayern werden 22 Entbindungsanstalten, 4 Mütterheime, 33 Kinderanstalten, 10 Krippen, 455 Kindergärten, 8 Schwangeren-Beratungsstellen, 349 Mütterberatungsstellen angegeben; der Unterstützungsbetrag für nichtöffentliche Einrichtungen stellte sich jährlich auf 678 203 M. Im Lande Sachsen bestanden sich 18 Entbindungsanstalten, 8 Mütterheime, 35 Kinderanstalten, 22 Krippen, 164 Kindergärten, 251 Schwangeren-Beratungsstellen, 930 Mütterberatungsstellen; der Jahreszuschuß für nichtöffentliche Einrichtungen wird mit 360 544 M. angegeben. In Württemberg wurden 38 Entbindungsanstalten, 7 Kinderanstalten, 2 Krippen, 348 Kindergärten, 122 Mütterberatungsstellen ermittelt; 709 138 M. gab Württemberg als Jahresbeitrag für die nichtöffentlichen Einrichtungen. In Hessen bestanden sich in der Berichtszeit 8 Entbindungsanstalten, 2 Mütterheime, 7 Kinderanstalten, 2 Krippen, 83 Kindergärten, 4 Schwangeren-Beratungsstellen, 122 Mütterberatungsstellen und 69 Gemeinde-Pflegeinstitutionen.

Unterstützung für nichtöffentliche Einrichtungen wurde pro Jahr mit 85 343 M. festgestellt. — Der Stadtkreis Hamburg verfügte über 5 Entbindungsanstalten, ein Mütterheim,

13 Kinderheilstätten, 4 Kindergärten, 10 Schwangeren-Beratungsstellen, 49 Mütterstellen. Jährlicher Unterstützungsbetrag für nichtöffentliche Einrichtungen 636 220 M. Für Mecklenburg-Schwerin meldet die Denkschrift eine Entbindungsanstalt, 10 Kinderheilstätten, eine Krippe, 11 Kindergärten und 43 Mütterberatungsstellen, sowie einen Jahresbeitrag zur Unterstützung nichtöffentlicher Einrichtungen von 57 229 M. Es handelt sich bei den vorstehend aufgeführten Institutionen lediglich um solche der öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge. Wo die Einzelzahlen eines Landes von denen des anderen abweichen, sind die tatsächlichen Verhältnisse nach den Feststellungen der Denkschrift hierfür maßgebend.

Gerichtssaal.

Der Sklarek-Prozeß.

Berlin, 13. Nov. Zu Beginn der heutigen Vormittags-sitzung des Sklarek-Prozesses verlas Rechtsanwalt Kurzig seinen angekündigten Beweisantrag, der nachweisen soll, daß die Sklareks Spenden hätten geben müssen, weil sie in Geschäftsverbindung mit der Stadt Berlin standen. Auch heute noch herrsche das System in ähnlicher Weise. Der Angeklagte, Bürgermeister Schneider, erklärte, er sei dabei gewesen, als von einem großen Warenhaus ein Schenk auf 10 000 M. dem Oberbürgermeister als Spende überreicht worden sei. Staatsanwaltschaftsrat Weisenberg betont, der Oberbürgermeister habe über diese Spenden ordnungsmäßig Buch geführt, Gabel jedoch nicht.

Eine amtliche Erklärung.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: „Zu den heutigen Ausführungen des Verteidigers Dr. Kurzig im Sklarek-Prozeß wird amtlich mitgeteilt, daß ein Spenden-syst em in der Stadt Berlin nicht mehr besteht. Oberbürgermeister Dr. Sahm hat von keiner Lieferfirma irgend eine Spende jemals gefordert oder erhalten. Wenn in einem Werk, das mit Unterstützung amtlicher Stellen herausgegeben werden soll, Anzeigen enthalten sind, so ist die Genehmigung zur Mitarbeit städtischer Dienststellen oder Beamten abhängig von einem Gutachten des Reichswirtschaftsministeriums, das als Zentralfstelle für derartige Angebote für Reich, Länder und Städte bestimmt ist und dem die Angebote nach einer Dienstblattverfügung der Stadt Berlin vom 13. Januar 1928 durch Vermittlung des städtischen Nachrichtenamtes zuzuleiten sind. Die Verfügung bezieht sich ausdrücklich sowohl auf Werke, die die Stadt oder eine ihrer Dienststellen selbst herausgeben, wie auch auf solche, die in einem Privatverlag erscheinen.“

* **Kostspieliger Wortbruch.** Einen schönen Streich spielten einem Wiesbadener Autovermieter der Autofahrer K. und der Kaufmann E. Beide hatten morgens ein Automobil für eine Fahrt nach Hochheim gemietet und wollten um 11 Uhr zurück sein. Der Besitzer machte sie besonders darauf aufmerksam, daß der Wagen für den Nachmittag bestellt und auch bereits bezahlt sei. Ohne sich hierum zu kümmern, machten die beiden Angeklagten den ganzen Tag Spazierfahrten und ließen zum Schluß, als ihnen Betriebsstoff und Geld ausgegangen waren, den Wagen in der Nähe der Ringkirche stehen, wo ihn sich der Besitzer abholen mußte. K., der zunächst allein angeklagt war, erhielt vom Amtsgericht wegen Betrugs 14 Tage Gefängnis, während gegen E. nachträglich noch von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Betrugs eingeleitet wird.

Neues aus aller Welt.

Empfang der Wegener-Expedition in Kopenhagen.

Begrüßung durch die dänische und deutsche Regierung.

Der Dampfer „Hans Egede“ traf, aus Grönland kommend, am Freitagvormittag um 10 Uhr in Kopenhagen mit den Mitgliedern der deutschen Wegener- und der englischen Watkins-Expedition an Bord ein. Zum Empfang hatten sich eingefunden: Repräsentanten der dänischen Grönlandverwaltung, die dänischen Grönlandforscher Lange Koch und Knud Rasmussen, der deutsche Gesandte Freiherr von



Knud Rasmussen wieder daheim
wird bei seiner Ankunft in Kopenhagen von Prinz Knud von Dänemark, dem zweiten Sohn des Königs, begrüßt.

Richt hofen, und der ehemalige preussische Kultusminister Dr. Schmidt-Ott, die Witwe Alfred Wegeners und zwei Mitglieder der Expedition Dr. Georgi und Sorge, die bereits früher aus Grönland zurückgekehrt sind.

Unmittelbar nach der Ankunft des Dampfers hielt Staatsminister Stauning eine Rede, in der er u. a. erklärte: Es ist mir eine besondere Freude und Befriedigung, daß ich heute im Namen des dänischen Volkes und der dänischen Regierung dem „Hans Egede“ den Willkomm auf der Heimkehr aus Grönland entbieten kann. Die Expedition habe große wissenschaftliche Resultate von ihrer langen Grönlandforschungsreise mit heimgebracht. Der Minister schilderte dann die Fortschritte der Expedition, der auch

an der Dänemark-Expedition unter Wegener-Griffen 1906/08 und an der Reise des verstorbenen Oberst J. P. Koch quer über das Inlandseis 1912/13 teilgenommen habe. Prof. Wegener habe der dänischen Wissenschaft immer sehr nahe gestanden. Er habe Weltruh gewonnen durch seine Theorie, daß die Kontinente auf dem festen Inneren der Erde schwimmen und in steter Bewegung sind. Sein Ruhm wäre noch weiter gewachsen, wenn er diese Expedition nicht hätte mit seinem Leben bezahlen müssen. Der Redner sprach dann der anwesenden Frau Wegener und Dr. Kurt Wegener, der seinen Bruder in Grönland zur letzten Ruhe gebettet habe, die Sympathien Dänemarks aus und begrüßte mit besonderer Herzlichkeit unter den anderen Mitgliedern der Wegener-Expedition die Forscher Dr. Georgi, Dr. Sorge und Fr. Lowe, die durch ihre Überwinterung mitten im Inlande unter äußerst schwierigen Verhältnissen der Wegener-Expedition zum wissenschaftlichen Erfolg verholfen. Die Ergebnisse der Expedition würden unsere Auffassung von den physischen Verhältnissen Grönlands vollständig ändern.

Wir neigen uns in Trauer darüber, daß Prof. Alfred Wegener, vor dem es uns mit Stolz erfüllte, daß er sich hier in Kopenhagen daheim fühlte, nicht mehr unter uns weilt. Wir drücken seiner Gattin und seinem Bruder und ebenso dem Lande, den er angehört, unsere herzlichste Teilnahme aus.

Der ehemalige preussische Kultusminister Dr. Schmidt-Ott ergriff darauf das Wort. Er betrauerte seine Anteilnahme an dem Tode Prof. Alfred Wegeners zum Ausdruck und entbot dann namens der Reichsregierung der heimkehrenden deutschen Expedition den Willkommensgruß. Er dankte Dr. Kurt Wegener dafür, daß er nach dem Tode seines Bruders die Expedition zu Ende geführt, und brachte der dänischen Regierung und den grönlandischen Behörden seinen warmen Dank für ihre Unterstützung dar.

Der Feldzug gegen die korsischen Banditen.

6 Torpedoboote nach Ajaccio beordert.

Nach einer Meldung aus Ajaccio nehmen die Operationen gegen die korsischen Banditen planmäßig ihren Verlauf. Die Zahl der Verhafteten, unter denen sich jedoch noch kein einziger Bandit befindet, ist gestern auf 78 gestiegen. Beträchtliches Aufsehen erregte es hier, daß zwei Kreuzer und sechs Torpedoboote, die gestern aus dem Hafen von Toulon ausliefen, am den Manövern der Mittelmeerflotte teilzunehmen in letzter Minute Gegenorder bekamen und sofort nach Ajaccio in See gegangen sind.

Fünffacher Mord und Selbstmord. In der Mittelbrunnwaldgemeinde Bernhardschlag ereignete sich eine gräßliche Bluttat. Der 35jährige Kleinbauer Joseph Scheibelhofer tötete in Abwesenheit seiner Frau seine fünf Kinder im Alter von neun Wochen bis sieben Jahren, indem er ihnen mit dem Rasiermesser die Kehle durchschnitt. Hierauf entleerte er sich selbst auf die gleiche Weise. Die Tat dürfte von Scheibelhofer in einem Anfall von Trübsinn begangen worden sein.

METROPOLE

**Samstags
und Sonntags**
bei zeitgemäßen Preisen unter
Egon Bier's Leitung
Rumba-Wettbewerbe

TANZ

Ihre Verlobung zeigen an

Wilhelmine Schreitzer
Julius Korndörfer

Wiesbaden, im November 1931.

Achtung Holzläufer!

Wer kauft vom kommenden Einschlag
einige tausend **Brennholz**
— meist Buche — zu akzeptablem Preis
gegen bar, evtl. bei Selbstverwertung.

Wer kauft größeren Posten

Fichtenstangen 3. bis 5. Klasse?

Offerten unter Privatwaldbesitz
an den Tagblatt-Verlag. F594

Ev. Jugendspielgruppe der Neukirche.

Samstag, den 14. November, 20½ Uhr im Saal des
Gemeindehauses, Elsasser Platz:

Theater-Abend

„Gottes Wort und Luthers Lehr“
Szenenbilder aus der Reformationszeit.

Eintritt: 30 Pf., Jugendliche 20 Pf., Erwerbslose frei.
Reinertrag für das ev. Landheim in Kloppenheim.

Kirchweihfest

in der „Burg Craß“, Eltville
am **Samstag, den 15. u. Montag,
den 16. November 1931.**

TANZ bei freiem Eintritt.
1930er Eltviller Hanaeh . . . 90 S. die
(eigenes Wachstum) . . . Flasche
Orig. Rheingauer Weine im Gl. v. 36 S. an.
Ivan Ifland, Weingutsbesitzer.

RADIO

nur die besten
NEUHEITEN
die bestimmt
FREUDE
machen
mustergültig ange-
schlossen zu günstigen
Bedingungen.
Gute kompl. Anlagen
von **105.- Mk.** an
**MUSIKHAUS
SCHÜTTEN**
Große Burgstraße
Telephon 25883

Feinste
Süßrahm-Tafelbutter
für die billigsten Tages-
preise unter Nachnahme
abzugeben. Molkerel
Dauernheim (Oberhessen)

Der Taschen- Fahrplan des Wiesbadener Tagblatts

in dem bekannten handlichen
Buchformat (80 Seiten stark)
ist in unserem Verlag, in allen
Buch- und Schreibwarenhand-
lungen, sowie in den Zeitungs-
verkaufsstellen erhältlich
Preis 30 Pfg.
Gültig für den Winter 1931/32

Bratgl. Hm. 8-12 Pfd.
Bratent. 3-4 Pfd., a Pfd.
75 Pf. Bratgl. 1-3 Pfd.
a Pfd. 70 Pf. fr. geistl. u.
ger. Radn. S. A. pat.
Bl. 1. 84. Votrafen, Dittor
Sofa, rot, m. Kuchbaum-
umb. Russisch mit
Wachst. 2 Sprungfeder-
matt. u. Keilf. Gastod.
(Mam.) mit 2 Wärmh.
bill. zu verk. zw. 11 u. 1
Oranienstraße 82, 1.

Gasbadeofen
billig zu verk. Walfmühl-
straße 72. Anau. Son-
tag von 11-1 Uhr.

Schön möbl. Zimmer, ev.
auch leer, zu vermieten
Gardier Str. 13, 2. l.

Stammkarte, Gr. Haus,
2. Rang, Mitte, 2. Reihe,
Stammreihe F. umständ-
halber sofort abzugeben.
Anfragen unt. 3. 221 an
den Tagbl.-Verlag.

Damen finden irbl.
Aufn. zw. Entbindung.
Entbindungsheim
Frau Ott, Hebamme,
Main, Rheinstr. 40.
Tel. Gutenberg 3096.

Samstag nachmittag: **Künstler-Konzert.**
Abends: **Tanz.**

Sonntag nachm. u. abend: **Künstler-Konzert.**

Café Berliner Hof

Morgen Sonntag
vormittags 11.30 Uhr

Die Seeschlachten des Weltkrieges

Die erste Seeschlacht
am 1. Nov. 1914 bei
1914 bei
war ein deutscher Sieg
Graf Tann's letzter Sieg



aus dem Heldenkampf gegen
viertel Uebermacht bei den

Falkland-Inseln

Die gewaltigste aller Seeschlachten war die

am Skagerrak

31. Mai und 1. Juni 1916

148 englische und 103 deutsche
Schiffe im offenen Seekampf

Freie deutsche See!

— Die Jugend hat Zutritt! —

Kartenvorverkauf an den Theaterkassen.

Ufa-Palast

Männerquartett „Sängerkunst“

Samstag, den 14. u. Sonntag, den 15. Nov.

Groß-Hasenschießen

im Rest. „Zum leckeren Müßchen“, Wellritzstr.
Es ladet ein Der Vergnügungs-Ausschuß.

Berger-Heißmangeln

mit rostfester Rinde, verschaffen Ihnen eine aus-
kömmliche

Existenz

Günstige Bedingungen.
Berger & Co. G. m. b. H., Maschinenfabrik und
Eisenwerkerei,
Vergleich-Gladbach bei Köln. Gebr. 1873.

Keiles / Cigaretten - Wiesbaden

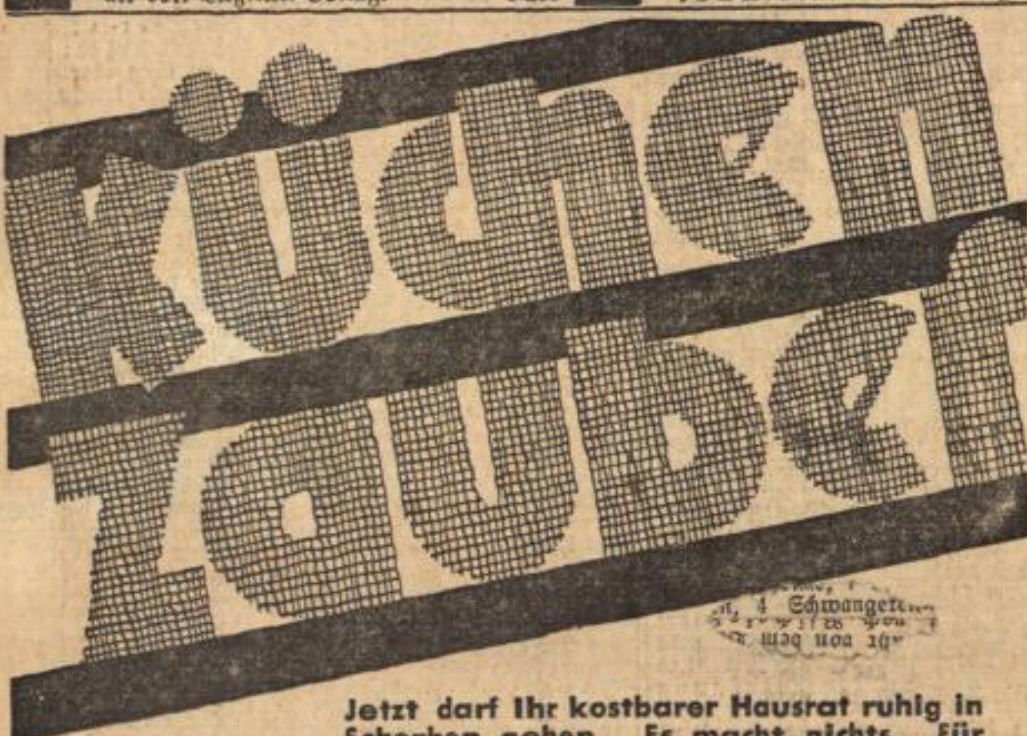


nur 10 S

Jede Stunde eine
mao
ein Hochgenuss und
eine angenehme
Unterbrechung der
Arbeit



3 Stück



Jetzt darf Ihr kostbarer Hausrat ruhig in
Scherben gehen. Es macht nichts. Für
Pfennige ist alles wieder erneuert. Nicht
nur das! Alles, was Ihnen in Küche und
Haus fehlt, entspringt unserem Zauberstab.
Sie werden staunen, aber wir halten Wort.
Wir machen das Unmögliche möglich. —
Sie werden von unseren Fensterauslagen
überrascht sein.

Wir sind gerne bereit Waren bei einer kleinen Anzahlung
bis Weihnachten zurückzulegen.

Kleiderbürste gute Qualität	0.75	Roßhaarbesen 2.95,	1.95
Garderobenleiste matt, m. 4 vern. Schleifen haken	0.75	Brotkasten lackiert, mit hübschen Dekoren	1.95
Roßhaarhandfeger 0.95,	0.75	Washgarnitur mit Goldrand . . . 7.50, 5.00,	3.75
Gebäckkasten lackiert, mit modernem Dekor	0.95	Bohnerbesen ca. 7 kg. 5.00 . . . ca. 5-kg	2.95
Handtuchhalter 1.45,	0.95	Alum.-Schmortöpfe m. Deck, unbrd., 16-22 cm Satz	5.00
Waschschüssel emailliert, mit Seifenaufh.	0.95	Teppichkehrmasch. mit Stiel 7.50,	6.50
Eimer emailliert, weiß oder grau . . .	0.95	Wäschetrocken Peddigrohr 10.00, 7.50,	5.00
Eßbesteck m. rostfr. Messer u. verchr. Gabel	0.95	Sicherheitsleiter 7 Stufen	7.50
Einholkorb große Form	1.45	Brotkasten Steingut mit Holzrahmen . . .	12.50

In unserem Erfrischungsraum:
Ein Kännchen Kaffee . . 0.28
Ein Stück Torte 0.18

Lindemann & Co.

Berühmte Klettertouren / Von Kurt Maiz.

Der Spiralfuß.

Das ist die Gleichbau-Ostwand. (Fortsetzung folgt.)



Es darf nicht
wieder vergessen werden,
rechtzeitig für den Washtag
mitzubringen.

BURNUS rechtzeitig für den
mitzubringen.
Sie wissen ja selbst, Minna,
und zeitraubend das
ganz abge-

Wie umständlich und zeitraubend
Waschen ohne BURNUS ist, ganz abge-
sehen von dem Schaden an der Wäsche.
Einziges organisches Einweichmittel. Die in ihm ent-
haltene Schmutz- so vollkommen
entfernt, ohne den Stoff zu schädigen. Keine
Feuerung, keine Wäsche.

wie umständlich. Waschen ohne BURNUS
sehen von dem Schaden an der Wäsche.

BURNUS ist ein völlig unschädliches organisches Einweichmittel. Die in ihm enthaltenen Enzyme (Verdauungssäfte) lösen den Schmutz so vollkommen, dass allein durch Einweichen fast schon die ganze Wascharbeit getan ist. BURNUS erspart deshalb in erheblichem Masse Seife, Seitenpulver, Feuerungs-material, Zeit und Arbeit und schont die Wäsche, wie kein anderes Wasch-verfahren. Die einzigartige Wirkungsweise des BURNUS ist durch deutsche Reichspatent geschützt. BURNUS ist in einschlägigen und interessante Druck-Dosen zu 22 und 54 Rpt. Auf Wunsch aufklappende mit BURNUS kostenlos durch die AUGUST JACOBI A.G., DARMSTADT

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Internationale Börsenlage und Vertrauensrückkehr. — Zwangsweise Zinsensenkung? — Kompromiß-Wirtschaftspolitik. — Notwendige Kritik. — Nachkriegswirtschaftspolitik und ihr Ergebnis. — Bankenverstaatlichung in Italien.

Die letzten Stimmungsberichte der führenden ausländischen Banken zeigen nach langer Zeit wieder einen gewissen Optimismus, sowohl hinsichtlich der Kurs- als auch der Geschäftsentwicklung an den internationalen Börsen. Dies gilt vor allem für die amerikanischen Banken, aber auch für Institute anderer Länder. So hat die Schweizerische Kreditanstalt festgestellt, daß die gegenwärtigen Tiefstände — international gesehen — noch immer über den Kursen der Krisenjahre 1921/22 liegen. Die Umkehr kündigt sich also heute auf einer erheblich höheren Basis an als damals. Wie die Krise der Jahre 1921/22, so wird auch die heutige schwere Zeit überwunden werden, zwar nicht von heute auf morgen, sondern nur durch rastlose Arbeit und Sparsamkeit. Unerlässliche Voraussetzung ist dabei eine Rückkehr des Vertrauens.

Die Angelegenheiten mehrten sich, daß die allgemeine Vertrauensrückkehr sich zu erfüllen beginnt.

In dieser Richtung liegt auch die überall in Deutschland festzustellende Tatsache, daß bei den Sparfassen wieder Geldbeträge eingezahlt werden, die bisher zurückgehalten worden waren. Besonders wird dies aus ländlichen Bezirken gemeldet. Man scheint doch allmählich einzusehen, daß Geldausbewahren in der Schublade und sinnlose Anschaffungen nicht nur Zinsverlust, sondern auch andere Nachteile bringen und daß Ersparnisse auf die Sparkasse gehören, wo sie nicht nur sicher sind, sondern auch hohe Zinseinnahmen bringen und sich durch diese schnell vermehren.

Die Gründe, daß die Reichsregierung eine zwangsweise Zinsensenkung auf dem Wege der Notverordnung plante, wollen trotz aller Dementis nicht verstummen. Es handelt sich dabei in erster Linie um die Herabsetzung der Hypothekenzinsen, die natürlich von einer gleichzeitigen Ermäßigung der Zinsen der Pfandbriefe usw. begleitet wäre. Diese Voraussetzung zeigt schon, wie schwer und gefährlich das Problem des Zinsabbaues ist. Die Reichsregierung scheint auch ihre großen Bedenken zu haben, Schritte auf diesem Gebiete zu unternehmen, die zwar einerseits Vorteile und Erleichterungen bringen würden, andererseits aber die Gläubigerkreise verstimmen und beunruhigen könnten. Führend in dieser ganzen Angelegenheit ist naturgemäß die Landwirtschaft, die in den Jahren seit der Stabilisierung in eine starke Verschuldung geraten ist und nun im Zeitpunkt des Lohn- und Preisabbaues auch eine Reduktion der Zinslasten erreichen möchte.

Wie weit die Pläne und Forderungen der Landwirtschaft, unter Führung der Landwirte, gehen, läßt der als tragbar bezeichnete Höchstzinsfuß für erstklassige Hypotheken erkennen, der mit 6 Prozent angegeben wird.

Nun soll zugegeben werden, daß in Einzelfällen eine Änderung erfolgen könnte, die auf der einen Seite erleichternd wirkt, ohne die andere Seite zu beeinträchtigen und schädigen. Aber eine generelle Regelung auf dem Zinsgebiet hat doch ihre gewaltigen Bedenken. Auf jeden Fall muß gerade heute, wo es erst gilt, die Vertrauenskrise restlos zu überwinden, die Vertragstreue besonders hochgehalten werden. Verbriefte Rechte können nicht durch einen Federstrich beseitigt oder geändert werden, ohne das Rechtsempfinden und Vertrauen in Recht und Abmachungen empfindlich zu verletzen.

Die Reichsregierung wird heute mehr denn je von allen möglichen Interessengruppen überlaufen, die ihre Wünsche anmelden und berücksichtigt haben wollen. Die einen fordern Lohnsenkungen, andere eine Herabsetzung der Warenpreise, die Mieter wollen eine Ermäßigung der „gesetlichen Miete“ — von der dem Staat der Löwenanteil zusteht — die Hausbesitzer wünschen einen Abbau der in vielen Fällen sinnlos gewordenen Zwangswirtschaft, die Schuldner der Aufwertungsverpflichtungen fordern Ausstand, und alle weisen auf die untragbar und wirtschaftszerstörend gewordenen Steuerlasten hin. Die Reichsregierung sucht, im Rahmen des Möglichen, allen gerecht zu werden, so erklärt sich auch der ungewisse Kompromißcharakter der Notverordnungen. Jeder soll leben, das wenigstens ein kleiner Teil seiner Wünsche anerkannt und berücksichtigt wurde. In diesen Tagen konnte nun eine interessante Wendung in der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung beobachtet werden, die auch dieser Kompromißlösung entspricht.

Während bisher die Forderung des Gehälter- und Lohnabbaues vorrangig und die Senkung der Preise folgte, soll jetzt einmal der umgekehrte Weg eingeschlagen werden: zuerst Preisensenkung, dann Gehälter- und Lohnabbau!

Die Meldungen über Regierungsmassnahmen zur Senkung der Verbraucherpreise haben bereits eine Eingabe der „Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels“ veranlaßt, in der gebeten wird, falls die Nachrichten über die Preisgestaltung zu unterbinden. Das diesjährige Weihnachtsgeschäft scheint sich verhältnismäßig günstig anzulassen, weil im Laufe des Jahres die Kaufkraftabnahme außerordentlich gewesen sei. Zudem sei die Preisgestaltung augenblicklich im Einzelhandel außerordentlich niedrig und dem Käuferpublikum erscheinend das Kaufen im gegenwärtigen Zeitpunkt auch mit Rücksicht auf das wieder bemerkbare Anziehen der Rohstoffpreise günstig.

Die Öffentlichkeit hat sich daran gewöhnt, daß bei besonderen Angelegenheiten, sei es auf Tagungen oder in Geschäftsberichten, von berufenen wirtschaftlichen Führern Stellung genommen wird zu den Problemen des Tages, daß nicht nur erklärende Rückblicke auf den verflochtenen Zeitraum und geleistete Arbeit gegeben werden, sondern daß auch die zukünftige Entwicklung gestreift wird. Aus diesem an sich begrüßenswerten Gebrauch ist nun im Laufe der Zeit und ganz besonders in den Nachkriegsjahren ein ganz überflüssiger Mißbrauch geworden. Der kleinste Verein bekommt heute auf seiner Jahresversammlung große wirtschaftspolitische Worte zu hören, in dem Geschäftsbericht des Gesamtwirtschaftsrahmen unbedeutenden Unternehmens werden weitläufige Ausführungen über die vermittelnde Wirtschaftsentwicklung gemacht, wie sie in tausenden anderen auch zu lesen sind.

Viel richtiger wäre es, wenn in lokalen Organisationen und von Gesellschaften lokaler Bedeutung über die reinen geschäftsmäßigen Angelegenheiten hinaus lediglich Ausführungen über Entwicklungsgänge gebracht werden, die dieser lokalen Eigenart entsprechen.

Dann kommt als Ergebnis nicht ein Abklatsch oder eine Variierung bereits zum Überdruß Gehörten heraus, sondern eine Ergänzung der großen Linien und dadurch eine tatsächliche Bereicherung für den Hörer oder Leser. Begrüßenswerte Anfänge sind in diesem Jahre in einzelnen Fällen gemacht worden, aber es handelt sich immer noch um Ausnahmen. Des Guten zuviel geschieht auch auf einem anderen Gebiet. Jede Krisen- und Notzeit bringt ihre Propheten hervor. So

leiden wir auch heute unter der Plage der Planemacher, die den Weg ins gelobte Land gefunden zu haben glauben. Diese Pläne, die einen Umschwung, eine Umstellung der Wirtschaft oder eine Änderung der Währung zum Ziele haben und sich alle für alleinseeligmachend halten, gehen bereits in die Tausende. Ein großer Teil dieser Vorschläge wird natürlich auch den Stellen, die es angeht, überliefert, damit sie in die Praxis umgesetzt werden sollen.

Den Vogel hat zweifellos derjenige abgeschossen, der kürzlich der Reichsregierung sein Wirtschaftsrezept zum Kauf anbot und in edler Bescheidenheit dafür nur ein Honorar von 500 000 RM forderte.

Was Deutschland und der Welt nützt, um wieder auf die Beine und in normale Wirtschaftsverhältnisse zu kommen, das ist längst bekannt, aber die Politik — sowohl die innere Parteipolitik, als auch die „hohe Politik“ — baut immer wieder neue Schranken.

Ein Zentralproblem der deutschen Wirtschaftspolitik in der Nachkriegszeit behandelt Dr. Karmarkh, — der bereits im Vorjahre eine Untersuchung über „Bevölkerungsstand als Wirtschaftsproblem“ veröffentlicht hatte, — in seinem neuen Buche „Bevölkerungsaufbau, Wohnungspolitik und Wirtschaft“. Die eingehende Untersuchung kommt im Ergebnis zu einer vernichtenden Beurteilung der Fehlentwicklungen deutscher behördlicher Körperkassen. Der städtische Wohnbedarf ist maßlos überschätzt worden und man hat dabei nicht nur den konjunkturell bedingten, sondern auch den auf der Bevölkerungsbewegung beruhenden Rückgang des Wohnbedarfes völlig außer acht gelassen. Gleichzeitig wurde der alte Grundbesitz ungeheuer entwertet. Durch Steuern und Abgaben ist das Grund- und Gebäudemögen, das früher einen erheblichen Teil des deutschen Nationalver-

Abschluß des 1931er Weinherbstes.

In den schon immer ziemlich spät liegenden Gebieten sind die Kleinwinzer und die mittleren Besitzer mit dem Einbringen ihrer Trauben fertig. Dagegen steht man in den Weinbergen der Großgüter, der „Görten“, noch im Betrieb. Im Rheingau schwanken im mittleren Gebiet die Mengenerträge zwischen einem Dreiviertel- und Vollherbst. Es gibt natürlich auch Besitzer, die weniger ernten. Die Durchschnittsmengengewichte betragen 70 bis 90 Grad Ochsle bei 11 bis 15 pro Mille Säure. In den besseren Lagen hat man schon bis 110 Grad gemessen. Wie zu erwarten stand, hat sich das Trauben- und Mostgewicht in engen Bahnen bewegt, trotz sehr niedriger Preise, die unter denen des Vorjahres liegen. Traubenverkäufe fanden zu 10—13—16 M. für den Zentner, je nach Qualität und Lage, statt. Es kamen aber auch Abschlüsse unter 10 M. zustande. Einzelne Posten Maßschale aus besseren Rheingauer Lagen wurden zu 70 M. die Dm (200 Liter) umgesetzt. Verkäufe von geleitetem Most wurden bislang nicht bekannt, wohl auch nur in ganz geringem Maß abgeschlossen. Einzelne Güter sollen einen Teil ihrer Reizenzen abgestoßen haben; der Preis ist nicht bekannt geworden. An der Mittelmosel stellt sich der Mengenertrag auf einen Halben- bis Dreiviertelherbst. Die Mostgewichte gingen von 65—110 Grad bei einem Säuregehalt von 11—17 pro Mille. Verhältnismäßig spärlich waren die Trauben- und Mostumsätze. Verkauft wurde der Zentner Trauben zu 10—17 M., aber auch zu 8—10 M. wurde abgesetzt. An der unteren Mosel konnte man meist mit der Menge zufrieden sein. Ungünstig sind aber die Preisergebnisse. Während im Vorjahr je Zentner noch 15 bis 25 M. angelegt wurden, bezahlte man heute durchweg 8—10 M., höchstens 15 M. Das Jüder (900 Liter) Most wurde zu 260—280 M. in Zell und Raimt umgesetzt. Die Mostgewichte stellten sich auf 62—86 Grad bei 11,8—16 pro Mille Säure. An der Obermosel wurden Trauben zu 5—6 M. je Zentner und Most zu 150—160 M. je Fuder gehandelt. Im Ruwertal lag das Mengenergebnis zwischen einem Zweidrittel- und einem Vollherbst. Die Mostgewichte betrugen von 65—80 Grad bei 12—15 pro Mille Säure. Das Herbstgeschäft kam nur sehr langsam in Fluß. Traubenverkäufe erfolgten zu 6—7 M. für den Zentner, Mostverkäufe auf 170—200 M., später zu 220 M. das Fuder. In Rheinhessen gingen bei den jetzt abgeschlossenen Spätlese die Mostgewichte in nicht seltenen Fällen über 100 Grad hinaus. Bingen dürfte in dieser Beziehung an der Spitze marschieren. Es gab hier das seltenste Mostgewicht von 207 Grad Ochsle bei einer „Scharlachberger“ Trockenbeerenauslese. Die Moste (mit Ausnahme der Spätlese) haben die Hauptgärung hinter sich und beginnen sich allmählich zu hellen. Im allgemeinen bewegt sich das Verkaufsgeschäft in ruhigen Bahnen. Der niedrigste Preis liegt bei 250 M. für die 1200 Liter 1931er, in der Spitze bezahlte man um 550 M. und darüber. Gefragt blieben weiterhin 1930er Weine, die je nach Lage zu 450—650 M. das Stück ihren Besitzer wechselten. An der Nahe ist es, nachdem während des Herbstes die notwendigen Deduktionsläufe erfolgt sind, wieder ruhiger geworden. Für die 1200 Liter 1930er, die noch überall in den Winterkellern anzutreffen sind, bezahlte man bis 450 M. das Stück. In der Rheinfalz wurden zum Schluß noch ganz hervorragende Mostgewichte bekannt. Feststellungen der Staatlichen Untersuchungsanstalt Speyer ergaben bei Deidesheimer Kalkofen Riesling Beerenauslese 189, Ruppertsberger Höffel Beerenauslese 221, Deidesheimer Leinböhl Riesling Trockenbeerenauslese 244, Herrgottsader Riesling Trockenbeerenauslese 247 und Langenmorgen Trockenbeerenauslese 254 Grad Ochsle. Der Mengenertrag blieb in den Qualitätsgemarkungen der Mittelhaardt um ein Viertel bis ein Drittel hinter dem vorjährigen zurück. Für Rotweine, die im Herbst 180—240 M. das Fuder kosteten, liegen die Forderungen je nach Qualität auf 300—400 M. Für Weißweine sind die Preise unverändert. An der Oberhaardt (einschließlich Gau) war der Mengenertrag um rund 9000 Fuder besser wie im Vorjahr. In mehreren Weinbauorten wurden 1931er Weißweine abgesetzt. Dabei wurden je nach Lage und Qualität und ob verbessert oder naturrein für die 1000 Liter 200—250—300 M., vereinzelt bis 350 M. erzielt. In Franken wurden bei spätgelesenen Mosten Feststellungen von 90 und mehr Ochslegraden gemacht, in Eichendorf erzielte man 111 Grad. Während bei den freihändigen Mostverkäufen je nach Qualität 30 bis 42 Mark für 100 Liter angelegt wurden, kamen bei Versteigerungen bis 107 M. heraus. In Würtemberg wurden bei den letzten Versteigerungen von 1931er erzielt vom Gräfl. v. Reipertg'schen Rentamt Schwaigern für Weiß- und

mögens ausmachte, künstlich herabgemindert worden. Mit den Mitteln der Hauszinssteuer sind Neubauten erstellt worden mit dem Ergebnis, daß 85 Prozent der in Altwohnungen untergebrachten Bevölkerung die Lasten für die künstlich verbilligten Neubauten tragen müssen. Die hergestellten Neubauten entsprechen aber auch nicht annähernd den dafür aufgewandten Mitteln.

Die bisher für die Neubauten hergegebenen 5 Milliarden Reichsmark Hauszinssteuererlöse kann man wohl als verloren abzeichnen, aber es ist sehr problematisch, ob bei einem Gesamtinvestitionswert von 18 Milliarden Reichsmark für seit der Stabilisierung erbaute Wohnungen die Abschreibung dieser 5 Milliarden RM ausreichend ist.

In Italien vollzieht sich im Augenblick eine sehr bemerkenswerte Bewegung. Es ist bekannt, daß Mussolini und der Faschismus ausgesprochene Gegner des privaten Bankwesens sind. Sie bekämpfen nicht nur Auswüchse und Mißstände, sondern die Privatbank überhaupt. Soeben hat eine „industrielle Finanzgesellschaft“ den gesamten Aktienbesitz der größten italienischen Bank, der Banca Commerciale, übernommen. Es handelt sich dabei um Aktien der verschiedensten führenden italienischen Industrie- und Schiffahrtsgesellschaften. Die Banca Commerciale soll sich in Zukunft jeder Aktienbeteiligung enthalten und sich auf das reine Kreditgeschäft beschränken.

Diese Aufgabenbeschränkung der ersten italienischen Kreditbank wird als erster und entscheidender Schritt auf dem Wege der Verstaatlichung des Bankwesens angesehen.

Weitere Banken und Maßnahmen werden zweifellos folgen. Die faschistische Presse begrüßt die vorgenommene Transaktion als das bedeutendste bankpolitische Ereignis der Nachkriegszeit. Die angespannte Lage der Banca Commerciale, die sich mit Aktienpaketen überladen hatte, begünstigte das erste Einschreiten des Staates, das mit der Reorganisation des größten Bankinstitutes gleichzeitig einen Schritt auf dem Wege zur Verstaatlichung des italienischen Bankwesens tat.

Rotweine 50—76 M. die 100 Liter, von der Fürstl. Löwenstein'schen Wein- und Gutsverwaltung Helfenberg für Rotwein bis 225 M., Weißwein 170—180 M. je Eimer (300 Liter), von der Fürstl. Gaisberg'schen Gutsverwaltung für Trörling bis 150, Weißriesling bis 180 M. die 300 Liter, von der Weingärtnergenossenschaft Flein 42—60 M. die 100 Liter, von der Fürstl. von Sturmfeder-Horned'schen Gutsverwaltung in Schöps 55—90 M. je hl. Ähnlich waren die Preisbewertungen bei den freihändigen Verkäufen. Die badischen Spätlese brachten gleichfalls ansehnliche Mostgewichte. Das höchste dürfte wohl von der Heiliggeistpitalverwaltung Freiburg mit 122 Grad (Burgundermost) erzielt worden sein. Die 100 Liter 1931er kosteten je nach Lage und Qualität und Traubensorte 17 bis etwa 72 M.

Die Lage der deutschen keramischen Industrie.

Eine wichtige Ausfuhrindustrie.

Der Enqueteausschuß hat jetzt seinen Bericht über die Lage in der keramischen Industrie (Steingut, Majolika, Waren, Wandplatten, Bodenplatten, Kacheln, Töpferwaren und Steingutwarenindustrie) veröffentlicht. Einzigartig der Porzellanindustrie betrug der Produktionswert der keramischen Industrie im Jahre 1928 über 400 Millionen M., Porzellanwaren wurden für rund 200 Millionen Mark hergestellt. Seit der Vorkriegszeit haben die einzelnen Zweige der keramischen Industrie sich unterschiedlich entwickelt. Der Inlandsverbrauch an Porzellan, an Elektroporzellan, an sanitären Spülwaren, an Zierkeramik ist gestiegen. Die deutsche Nachfrage nach Zierkeramik und nach Töpferkeramik hat sich verringert. In der Verjüngung des Weltmarktes mit Haushaltsporzellan nimmt Deutschland mit einem Export von rund 70 Millionen M. vor Japan, der Tschechoslowakei, Frankreich und Großbritannien den ersten Rang ein. Unter dem Einfluß der allgemeinen Weltmarktschwankungen und infolge des Aufkommens neuer Porzellanindustrien in den Abnehmerländern hat sich die deutsche Ausfuhr von Haushaltsporzellan immer mehr von der Stoppware zu den mittleren und höheren, gewissermaßen leichteren Qualitäten hin verlagert. Die Richtung der Ausfuhr an Porzellan, an sanitären Spülwaren hat sich seit der Vorkriegszeit außerordentlich verschoben, als die europäischen Märkte für die deutsche Ausfuhr immer wichtiger geworden sind. Die Hauptkonkurrenten der deutschen Porzellanindustrie sind die böhmische und japanische Industrie. Auch bei der Ausfuhr von Steingutkeramik nimmt die deutsche Industrie in der Verjüngung des Weltmarktes einen hervorragenden Platz ein. Die deutsche Ausfuhr an Steingutkeramik und sanitären Spülwaren erreichte im Jahre 1930 einen Wert von nahezu 25 Millionen M. Die deutsche Ausfuhr an Steingutwaren geht in der Hauptsache an europäische Länder, unter denen sich die Niederlande und neuerdings auch Großbritannien als besonders aufnahmefähige Märkte für deutsche Steingutwaren erweisen haben. Auch die Ausfuhr der deutschen Plattenindustrie (1929: 26 Millionen M.) ist verhältnismäßig hoch. Exportiert werden in der Hauptsache Wandplatten. Der Ausfuhrwert der Bodenplattenindustrie beträgt nur etwa 2—3 Millionen M. Im Gegensatz zu den genannten Zweigen der keramischen Industrie hat die Kachelindustrie nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung. Der Export von Töpferkeramik und Feinstkeramik hatte in den letzten Jahren einen Wert von etwa 1 Mill. M.

Schiffahrt.

Nächste Dampferabfahrten der Hamburg-Amerika-Linie (Austral- und Kosmos-Linien).

Nach Niederländisch-Indien (Gemeinschaftsdienst der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, AG., Hamburg, und der N. L. Niederländische Stoomvaart Maatschappij „Oceaan“): D. „Halle“ (Hapag) ab Rotterdam 17. 11.

Nach Australien (Gemeinschaftsdienst der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Hamburg, des Norddeutschen Lloyd, Bremen, und der Reederei Alfred Holt u. Co., Liverpool): D. „Oder“ (Lloyd) 17. 11. D. „Leuna“ (D. A. L. G.) 24. 11.

Nach Südafrika (Deutsch-Australische Dampfschiff-Gesellschaft, AG., Hamburg): D. „Lüneburg“ 21. 11. D. „Altona“ (Hapag) 18. 12.

Das Unterhaltungs-Blatt

Tägliche Beilage des Wiesbadener Tagblatts

Nr. 304.

Samstag, 14. November.

1931.



Copyright 1931 by Koor u. Herth,
G. m. b. H., München.

EIN MÄDCHEN

EIN AUTO

EIN HUND



ROMAN VON OLE STEFANI.

1. Himmel — wie es regnet! Der ganze Landstrich weißlich und südwestlich von London, Middlesex, Berkshire, bis nach Hampshire hinab, liegt unter einem Schleiher bieder Feuchtigkeit. Die Felder stehen unter Wasser, die Landstraßen strömen dahin, die Luft ist eine große Kasse ohne Anfang und Ende.

Himmel — wie es regnet!
Es handelt sich um die Straße, die man fährt, wenn man von London nach Garland's Green will. Man verläßt die Stadt im Westen, kommt an Fabrikanlagen, Gärten und Baugeländen vorbei auf eine hübsche Straße zwischen Gärten und Feldern, dann vor Windhor — Eton-College rechts lassend — freudig man die Themse: dann aber wählt man den unteren Weg, läßt Reading nördlich liegen und biegt scharf in Dampshire ein, fährt über ein Bahngleis — dann kommen zwei oder drei Kreuzungen, die man nicht beachten darf, geradeaus über eine kleine Höhe, dann geht es runter nach Garland's Green — wovon im weiteren noch die Rede sein wird.

Es handelt sich ferner um drei Autos, die einen gewissen Punkt dieser Landstraße zu einer gewissen Zeit kreuzen. Dieser Punkt liegt fast genau da, wo eine Tafel am Weg den Beginn der Grafschaft Hampshire anzeigt. Das ist noch vor dem Bahngleis, kein Haus weit und breit, öde Felder, und die Zeit ist sechs Uhr nachmittags.

Es ist noch Frühling, das bedeutet: es ist nicht mehr so lange hin bis zur Abenddämmerung. Obwohl der Himmel wahrscheinlich nicht mehr viel dunkler werden kann, als er jetzt ist; aber das haben wir ja angegeben, als wir vom Wetter sprachen.

Das erste dieser drei Autos ist ein dunkelgelber Roadster mit einer stabilen Allwetterrolle. Und wir treffen es in einer merkwürdigen Situation an. Denn es liegt auf der Landstraße, hart am Chauffee-Graben, fast im Kleeblatt und ruht sich nicht von der Stelle. Ferner ist auffällig, daß ein sehr großer junger Mann in einem Mantel wie sinnlos um das Auto herumläuft, sich über das rechte Vorderrad beugt, auf seinen Führersitz klettert, seiner Hupe langgezogene Töne entlockt, dann wieder hinauspringt, und verweilt durch den dichten Regen hindurch nach allen Seiten Umschau hält.

Das zweite der erwähnten drei Autos ist noch nicht sichtbar, aber durch das Gepolde des Regens hört der junge Mann im Mantel etwas, was ihn mit widerwilliger Spannung erfüllt; es ist der Ton einer Hupe, aus der-

selben Richtung, aus der der junge Mann selbst gekommen ist. Aber noch deutet ein Mädchen die Biegung der Landstraße. Und nach einer Minute springt der junge Mann mit einem Ruck in die Mitte der Chaussee und winkt. Es kommt, es paßt, es springt eine Limousine heran; die Besatzung besteht aus einem Chauffeur und einer schönen Dame in einem Pelzmantel.

„Einen Augenblick, bitte!“ brüllt der junge Mann, so laut er kann.

Der Chauffeur geht vom Gas weg. „Was will der Kerl?“ fragt die schöne Dame hinter ihm verständnislos.

„Ihm ist ein Kneen schlapp geworden!“ erklärt der Chauffeur. „Er braucht eine Zuspumpe.“

„Soll er sich eine kaufen!“ sagt die Dame. „Was geht das uns an?“

„Hier auf dem Felde wird er keine bekommen!“ murmelt der Chauffeur empört. Sie rollen langsam an dem jungen Mann vorbei, der vergeblich verflucht, auf das Trittbrett zu springen und der schönen Dame die Sachlage zu erklären.

„Weiter, los!“ schreit sie. „Wir haben keine Zeit.“

„Aber — Mrs. Gregory —“, wendet der Chauffeur ein.

„Kein Aber! — Dr. Gregory erwartet mich. Glauben Sie, daß er sehr begeistert sein wird, wenn ich an meinem Geburtstag zu spät zum Dinner komme?“

Der Chauffeur haut wütend gleich den zweiten Gang hinein und logt so etwas wie: „Sportstameradtschaft!“

„Verfluchen Sie mich mit Ihren pöbelhaften Ansichten, Sie!“

Sie springen weiter. Der junge Mann sieht ihnen mit geballten Fäusten nach und der Kluch, der durch seine geschlossenen Zähne kommt, klingt gar nicht lustig. Er steht haltig auf seine Armbanduhr. Dabei wird sein Gesicht sehr blaß.

Himmel — wie es regnet!

Die sehr schöne Dame lehnt sich freilich in das Federpolster ihrer Limousine. Sie fixiert auf den roten Mantel des Chauffeurs. Der logt kein Wort mehr. Fällt ihm nicht ein. Er fährt mit einer tödlichen Geschwindigkeit. Und sie ist wütend auf ihn. Am meisten aber auf den jungen Mann im Mantel, weil sie ihm unrecht getan hat. Heute von Mrs. Violet Gregorys Rang und Vermögen hoffen die, welche ihnen Anlaß geben, etwas zu bereuen.

Sie reißt hastig ihr Täschchen auf und pudert ihr volles Gesicht in dem ungewissen Glanz, das der Abend

Anekdoten.

Woodth Menjou sah in einem Pariser Restaurant. An seinem Tisch sah ein Herr, den Menjou erkannte, ihm gefälligst die Finger bohe zu reichen.

„Guten Sie mich etwa für den Keller?“ entsetzte sich der fremde Mann.

„Nein“, sagte Menjou höflich, „aber für einen Gentleman!“

„Wann arbeiten Sie am Schmecken?“ fragte jemand den Zeichner John Verlor.

„Wittgen“, erwiderte Verlor.

„Was machen Sie denn da?“

„Eine höhere Arbeit“, verstandete Verlor, „ich verleihe nämlich aus dem Bett zu kommen.“

Die Schauspielerin Jeanette MacDonald wirkt von vielen Männern verehrt.

Ein hübscher Verehrer sagte einmal zu ihr:

„Ich bin unendlich glücklich, Gnädigste, ich habe eine freudige Überraschung: Drei Fabrikanten für eine Stelle um die Welt beschreiben sich in meiner Sprache.“

„Da dürfen Sie sich natürlich freuen“, entgegnete die Schauspielerin, „Sie können ja zweimal um die Welt fahren.“

Ein Herr, der gern von seinem Verstand mit Fräuleinlichkeiten sprach, sagte einmal zu dem Schauspieler Felix Grassl:

„Ich sprach gestern mit dem Großen S. Er sagte mir unter anderem, daß er Schauspieler und viel mehr leben noch leben moß.“

Grassl meinte schlafend:

„Soffentlich gehen Sie ihm jetzt aus dem Wege!“

und Verlor der A. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei in Wiesbaden.

